

Dossier

Zum Vorwurf
des
„linken
Antisemitismus“

Herausgeber:
Antiimperialistische Koordination
Wien, Juli 2003

ZUM VORWURF DES LINKEN ANTISEMITISMUS

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	3
I – VORWÜRFE.....	5
1.1 MELDUNG DER APA 0455 5 II 0368 AI 10.JÄN 03	5
1.2 AUSSENDUNG DES DÖW, 28.01.2003	6
1.3 APA-AUSSENDUNG, 31.1.2003, OPERNBALL-DEMO.....	10
1.4 DER STANDARD (ONLINE), 31. 01. 2003, "NEUE QUALITÄT" BEI OPERN-DEMO.....	11
II – DIE ZITIERTEN DOKUMENTE VON AIK UND RKL	12
2.1 AUSSENDUNG DER RKL, 6.10.2000, „1000 IN WIEN FÜR PALÄSTINA“	12
2.2 ERKLÄRUNG DER ILS, MAI 2001, „FÜR EIN FREIES, DEMOKRATISCHES UND ARABISCHES PALÄSTINA“	13
2.3 AUSSENDUNG DER AIK, 17. 09. 2001, „WER WIND SÄT, WIRD STURM ERNTEN!“	15
2.4.AUSSENDUNG DER RKL, 6.10.2001, „WIDER DIE ÜBERSCHÄTZUNG DER STÄRKE DES GEGNERS“	17
2.5 AUSSENDUNG DER RKL, ENDE OKTOBER 2001, „GRENZEN DES POLITISCHEN ISLAM“ ...	21
2.6 OFFENER BRIEF AN DIE ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE, 05.12.2001	24
III. NICHTZITIERTER ERLÄUTERENDE DOKUMENTE VON AIK UND RKL.....	26
3.1 AUSSENDUNG DER AIK, 11.01.2003, „KRITIK AN ZIONISMUS IST INDISKUTABEL“	26
3.2 AUSSENDUNG DER ILS, 08.10.2000, „ÖKOLI - LINKES FEIGENBLATT DER HUMANITÄREN BOMBENLEGER“	30
IV. REAKTIONEN AUF DIE DÖW-AUSSENDUNG.....	33
4.1 JOHN BUNZL, 8. 2.2003, „DAS DÖW AUF DEM LEIM DER „ANTIDEUTSCHEN LINKEN“?..	33
4.2 OFFENER BRIEF AN DAS DÖW, 12.6.2003	34
4.3 GESPRÄCH EINER DELEGATION MIT DR. NEUGEBAUER, DÖW, 12. 06. 2003	37
4.3 ANTWORT DER AIK AUF DIE AUSSENDUNG DES DÖW, 24. 6. 2003	40

EINLEITUNG

Seit einigen Jahren, insbesondere seit dem Beginn der Zweiten Intifada im September 2000, treten verstärkt politische Strömungen zutage, die Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichsetzen. Lange Zeit blieb diese Tendenz auf die Gruppierungen der Antinationalen bzw. Antideutschen beschränkt, die vehement, dafür aber nicht unbedingt glaubwürdig Israels Rolle als antifaschistisches Bollwerk und folglich die antisemitische Natur jedweder Kritik an Israel postulierten. Ihrer antinationalen Ausrichtung entsprechend wurde der palästinensische Kampf gegen die israelische Besatzung als „völkischer Befreiungskampf“ verurteilt, der nicht gegen den Kapitalismus gerichtet sei und daher keinen „emanzipatorischen“ Wert habe. Im Gegenteil, das Aufstreben islamischer Kräfte in Palästina sowie auf der ganzen Welt beweise die antisemitische und reaktionäre Natur dieser Befreiungsbewegungen, gegen die es den humanistischen Universalismus des Westens zu verteidigen gelte – und sei es mit Bomben auf Kabul und Bagdad.

„So weit so gut“, dachte man, „einige Spinner hat es, zumal in deutschsprachigen Ländern, immer gegeben.“ Doch was lange Zeit auf einige wenige kaum relevante Gruppen beschränkt geblieben war, nahm im Laufe der Zeit durch seine Kompatibilität mit der offiziellen Diktion der deutschen und österreichischen jüdischen Vertretungsorganisationen (oder jenen, die den alleinigen Anspruch darauf erheben), eine gewisse gesellschaftliche Breite an. Tatsächlich hatten gerade in den deutschsprachigen Ländern – im Unterschied etwa zu Großbritannien – die Organe der jüdischen Gemeinden die Haltung angenommen, die offiziellen israelischen Positionen ohne Abstriche zu übernehmen und zu vertreten. Es wurde versucht das, was von vielen jüdischen Menschen weltweit abgelehnt wird, festzuschreiben, nämlich, dass das Judentum als religiöse und kulturelle Gemeinschaft bzw. Volk und der israelische Staat als administrative und politische Struktur ein und die selbe Sache seien; dass folglich jede Kritik an Israel eine Kritik am Judentum und somit Antisemitismus sei; und dass schließlich Menschen, die gegen Antisemitismus eingestellt seien, die israelische Politik in ihrer Gesamtheit bedingungslos verteidigen müssten.

Mit der Positionierung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zugunsten dieser Postulierungen nimmt die Angelegenheit nun gesellschaftlich relevante Dimensionen an. Denn das DÖW ist nicht eine der bedeutungslosen antinationalen Sekten, sondern eine quasi-staatliche Institution. Es scheint zwar wahrscheinlich, dass die antinationalen Positionen auch innerhalb des DÖW nicht unumstritten sind, doch kann es als signifikant angesehen werden, dass eine Aussendung wie „Die Antiimperialistische Koordination (AIK) - Antisemitismus im linken Gewand“ genehmigt wurde.

Die Bedeutung dieses Schritts ist nicht zu unterschätzen. Damit beurteilt eine offizielle und gesellschaftlich anerkannte Institution erstmals Solidaritätsaktivitäten mit den Palästinensern als antisemitisch. Es liegt auf der Hand, dass es hierbei nicht um die kritisierte Organisation „Antiimperialistische Koordination“ geht. Es geht vielmehr darum, gesellschaftlich durchzusetzen was bisher auf Randgruppen beschränkt war: Kritik an Israel ist per definitionem antisemitisch. Eine Auseinandersetzung mit den Inhalten dieser Kritik soll so von vornherein verhindert werden. Die bedingungslose Identifikation mit Israel soll zur *conditio sine qua non* jedweden antifaschistischen und linken Engagements gemacht werden.

Wir halten es für unumgänglich dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzutreten und den oben genannten Sichtweisen folgendes entgegenzuhalten: Antisemitismus ist eine Form des Rassismus. Er ist grundsätzlich und bedingungslos abzulehnen. Kritik an Israel ist

Kritik an einem Staat, die sich auf Grundlage von dessen konkreter Politik bzw. dessen Charakter bildet. Das eine hat mit dem anderen begrifflich und konzeptionell nichts zu tun. Einsatz für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung bzw. Kritik an der israelischen Politik steht für die meisten, die sie betreiben, in der Tradition antirassistischen und linken Engagements. Für sie alle besteht kein Zweifel, dass Menschen aus dieser Tradition sich dort, wo es um militärische Besetzung und Unterdrückung geht, für die Rechte der Besetzten und Unterdrückten einzusetzen haben. Nur die Aufhebung dieser Besetzung und Unterdrückung kann die Grundlage für eine gleichberechtigte Existenz aller im Nahen Osten lebenden Menschen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit und/oder Nationalität sein. Diejenigen, die Israel tatsächlich aus antisemitischen Beweggründen kritisieren – und die gibt es – haben mit dieser grundsätzlich antirassistischen Haltung der Palästina-Solidaritätsbewegung nichts gemein. Man kann sie sehr leicht von dieser unterscheiden.

Wir alle sind also aufgerufen, der Mär vom linken Antisemitismus ein für alle Mal den Boden zu entziehen. Unser konkreter Beitrag soll es zunächst sein, Klarheit zu schaffen, bezüglich der Vorwürfe gegen die AIK.

*Antiimperialistische Koordination
Juli 2003*

I – VORWÜRFE

1.1 Meldung der APA 0455 5 II 0368 AI 10.Jän 03

Veranstaltung/Kommunales/Grüne/Wien/Israel/Palästina

Antizionismus-Diskussion am Sonntag: Grüne Jerusalem sagt ab

Utl.: Vorbehalte gegen Veranstalter von Antiimperialistischer Koordination und Nicht-Teilnahme der IKG =

Wien (APA) - Eine für kommenden Sonntag geplante Podiumsdiskussion zum Thema "Ist Antizionismus Antisemitismus?" wird ohne die Beteiligung der Wiener Grünen Landtagsabgeordneten Susanne Jerusalem stattfinden. Jerusalem erklärte heute, Freitag, gegenüber der APA, dass sie ihre Teilnahme abgesagt habe. Die Begründung: Vorbehalte gegen die Veranstalter, die Antiimperialistische Koordination (AIK), sowie die Nicht-Teilnahme der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG).

"Ich recherchiere immer sehr genau. In diesem Fall kam unter dem Strich heraus, dass es so viele Vorbehalte gegen die Veranstalter gibt, dass ich meine Teilnahme abgesagt habe", betonte die Grüne Mandatarin. Auch künftige Einladungen der AIK werde sie nicht annehmen, das habe sie den Veranstaltern bereits mitgeteilt.

Sie vertrete den Standpunkt, dass ihre Anwesenheit nur dann Sinn mache, wenn ein Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) ebenfalls dabei sei, so Jerusalem. Seitens der AIK habe man ihr mitgeteilt, dass "Ariel Muzicant gesagt hätte, er selbst könne nicht kommen, aber er werde sich bemühen, dass ein Vertreter an der Veranstaltung teilnimmt". Im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) habe man ihr auf Anfrage mitgeteilt, dass die IKG gar keine Kenntnis von der Veranstaltung habe.

Die Vorbehalte seien auch deshalb so schwer, da ihr mitgeteilt worden sei, dass ein Vertreter der AIK dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen habe. "Ich habe das selbst nicht gehört. Aber wenn solche Dinge nicht im Vorfeld von Veranstaltungen wie jener am Sonntag geklärt werden können, kann ich nicht teilnehmen", sagte Jerusalem. Sie als Mitglied der Friedensbewegung glaube daran, dass eine Ko-Existenz beider Völker möglich und notwendig sei.

Eine Kritik an der Vorgangsweise der israelischen Regierung sei notwendig und berechtigt, sagte Jerusalem. "Dazu muss man nur den Jahresbericht 2002 von amnesty international nachlesen. Eine Vermengung verschiedener Begriffe ist aber absolut unzulässig. Es gibt zudem eine Vergangenheit, die man als österreichischer Staatsbürger mitdenken muss", betonte Jerusalem.

Im Vorfeld der Nationalratswahlen war es - unter anderem in Zusammenhang mit einer anderen Diskussionsveranstaltung im vergangenen Sommer - zu einer Diskussion um angeblich antisemitische Tendenzen bei den Grünen gekommen. Die IKG hatte im Oktober unter Bezugnahme auf damalige Kritik an der außenpolitischen Sprecherin der Grünen, Ulrike Lunacek, darauf hingewiesen, dass andere Parteien "wesentlich Schlimmeres, wesentlich öfter - meist unkommentiert und unwidersprochen - von sich gegeben haben und wo Konsequenzen bis heute vermisst werden". (Schluss) gu/jep

APA0455 2003-01-10/14:14
101414 Jän 03

1.2 Aussendung des DÖW, 28.01.2003

Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich
Österreichisches Mitglied des Internationalen Rates der Juden und Christen

Die Antiimperialistische Koordination (AIK) - Antisemitismus im linken Gewand »

Mit dem Wegfall des realsozialistischen Bezugsrahmens und der Etablierung einer "Neuen Weltordnung" unter der militärischen, ökonomischen und politischen Hegemonie der USA und ihrer Verbündeter nahm auch der Antiimperialismus neue Formen an. Aus einer Legitimationsideologie sowjetischer Außenpolitik und blockfreier Modernisierungsregime oder Befreiungsbewegungen am Trikont einerseits und einer systematischen Kritik an der Ausbeutung und Unterdrückung der Peripherien durch die Zentren andererseits wurde vielerorts ein quer zur politischen Spaltung in Linke und Rechte liegendes Ressentiment. In Form des Antiamerikanismus zielt es auf die USA, als "Antizionismus" tobt es sich gegen Israel aus.

Der Antiimperialismus ist zur Weltanschauung verkommen. Als solche frönt er einem grandiosen Manichäismus, welcher die Welt in gut und böse einteilt. Er ist gekennzeichnet durch ein binäres und personalisierendes Denken, das eine Clique von bösen Herrschenden ("Hintermänner", "Bonzen", "Globalisierer" usw.) annimmt, welche mit Trug und List oder Repression die guten Beherrschten ("unterdrückte Völker") niederhalten. Soziale und politische Herrschaft in den abhängigen Peripherien wird reduziert auf "Fremdherrschaft", gegen welche sich das essentialistisch gefasste "Volk" auflehnen müsse. Im Befreiungsnationalismus werden die sozialen und politischen Differenzen innerhalb des "Volkes" ideologisch verwischt. Gegen den ausländischen, "imperialistischen Feind" (und seine "Agenten" im Inland) müsse die Gemeinschaft des "Volkes" zusammenrücken. Im antiimperialistischen Weltbild ist alles gut und richtig, was dem Imperialismus (v.a. den USA und Israel) schadet. Das geht sogar bis zur Legitimation von Terror und Solidarisierung mit islamistischen Mörderbanden.

Es ist diese strukturelle und teilweise auch inhaltliche Ähnlichkeit eines Antiimperialismus, der mehr auf die antisemitische Fälschung "Protokolle der Weisen von Zion" als auf Bernstein, Lenin oder Luxemburg zurückgeht, mit rechtsextremer Weltanschauung, welche zur Ausbildung der krudesten Allianzen führt. (Vgl. Maegerle, Anton; Schiedel, Heribert: Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit dem Rechtsextremismus ») Seit dem 11. September 2001 häufen sich die Nachrichten aus ganz Europa, wonach Neonazis, Islamisten und Linke gemeinsam gegen die USA und Israel demonstrieren. Gleichzeitig ist eine Besorgnis erregende Zunahme antisemitischer Übergriffe in Europa festzustellen, wobei bezeichnenderweise nicht mehr zu unterscheiden ist, ob diese von rechts oder links ausgehen. In Österreich wird diese antiimperialistische Weltanschauung in ihrer reinsten Form getragen von der AIK und der eng mit dieser (personell wie inhaltlich) verbundenen Revolutionär Kommunistischen Liga (RKL). Letztere fordert immer wieder ein "arabisches Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer", in dem die "Besiedlung im Dienste des Imperialismus [...] nicht geduldet" werde und "rückgängig gemacht werden" müsse (Erklärung vom 6. 10. 00). Für die RKL ist die gesamte "Al-Aqsa-Intifada", samt Selbstmordattentaten und antisemitischen Propagandakundgebungen, auf denen islamistische Imame und Funktionäre von Hamas, Jihad oder anderen Gruppen dazu aufrufen, Juden und Jüdinnen zu töten, "nichts geringeres als der Kampfschrei der übergroßen Mehrheit des palästinensischen Volkes, die nicht länger bereit ist, die zionistische Herrschaft und ihre täglichen Verbrechen unter dem Deckmantel des 'Friedensprozesses', zu akzeptieren" (Erklärung, Mai 01). Während die RKL überall in der Welt "nationale Befreiungskämpfe" unterstützt, zielt sie auf die Zerstörung einer Nation, nämlich Israels, des Staats der Überlebenden der Shoah.

Dies ist auch das vorrangige Ziel der AIK. Zuletzt wettete ein AIK-Führungskader rund um den Jahreswechsel 2002/3 im palästinensischen Flüchtlingslager Baka bei Amman gegen die "Zweistaatenlösung" und meinte weiter: "Die Zerstörung des Zionismus und eines so genannten Staates Israel ist der einzige Weg zur Gerechtigkeit." Israel nannte er bei dieser Gelegenheit "die schlimmste Diktatur der Welt, mit einem Apartheidregime schlimmer als in Südafrika". Was die AIK demgegenüber vom irakischen Regime und Saddam Hussein hält, zeigt sich nicht zuletzt in der Tatsache, dass man zum jüngsten Jahreswechsel schon zum zweiten Mal eine "Solidaritätsdelegation" in den Irak organisiert hat. In Bagdad gab man gemeinsam mit höchstrangigen Vertretern des irakischen Regimes eine Pressekonferenz, bei welcher besagter AIK-Führungskader ausrief: "Lasst uns zusammen kämpfen!" Auch meinte er bei dieser Gelegenheit, dass die UNO "der Erfüllungsgehilfe der amerikanischen Imperialisten" sei. Diese hätten es "im Verbund mit Israel auf die Ölreserven des Irak abgesehen".

In Nr. 8 ihrer Zeitung Intifada feiert die AIK Ali Nasser Wafa' Idris, die erste weibliche Selbstmordattentäterin, als Heldin, "die für ihr Volk lebte und starb". Offen wird auch an anderen Stellen (z. B. Interview mit einem Führungskader des Jihad) der Ermordung israelischer Jüdinnen und Juden (im AIK-Jargon "Okkupanten") das Wort geredet.

Die Weltanschauung von AIK und RKL offenbart sich auch in deren Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. Die AIK schrieb dazu etwa: "Die verwundete Bestie brüllt. [...] Jene, die sich triumphal als stärkste Militärmacht aller Zeiten verstanden, wurden in ihrem empfindlichsten Punkt getroffen - ihrer angeblichen Unverwundbarkeit. [...] Sie [die "Priester mit gefüllten Mägen" und die "heuchlerischen Führer der USA und der Nato-Staaten", Anm.] können sich ihre Krokodilstränen sparen, denn jetzt ernten sie, was sie einst säten. Sie haben kein Recht, sich zu beschweren, wenn der Krieg und die Ströme von Blut, die sie in den ärmsten Ländern vergießen, nun auch das Herz des Imperiums erfasst. Viele Opfer der Anschläge sind unschuldig. [...] Die gefährlichsten Terroristen sind jene, die die Fäden der Weltpolitik ziehen."

Auch die RKL begrüßt in einer Stellungnahme (vom 6. 10. 01) die Anschläge, weil sie "durch den erfolgreich erbrachten Beweis der Verwundbarkeit dem Ohnmachtgefühl der Volksmassen entgegengewirkt [haben] und [...] unter gewissen politischen Umständen dies zum weiteren Kampf anstacheln [werden]." Ende Oktober 2001 schrieb die RKL in einem weiteren Papier: "Die islamistische Bewegung verfügt über ein antiimperialistisches Potential, das mit den Ereignissen vom 11. September noch weiter angewachsen ist. Wir müssen das gegen den Imperialismus gerichtete Moment bedingungslos unterstützen."

Auffallend und bezeichnend sind die Ähnlichkeiten mit Stellungnahmen von Neonazis. Das Deutsche Kolleg (Horst Mahler) verfasste unmittelbar nach dem 11. September 2001 eine Erklärung namens "Independence day live". In dieser werden die Anschläge als Teil eines "Befreiungskrieges" bezeichnet. Sie würden das "Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus [markieren]". Schließlich heißt es: "Die militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft sind - weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten - eminent wirksam und deshalb rechens."

Wie sehr das gemeinsame Feindbild verbindet, zeigte sich auch am 17. April 2002. An diesem Tag fand im Wiener Revanchistenzentrum "Haus der Heimat", in welchem sich seit 1996 rechtsextreme Vortragende die Klinke in die Hand geben, ein Abend unter dem Titel "Von Benes zu Sharon. Sudetendeutsche und Palästinenser - Entrechtet und vertrieben" statt. Dazu eingeladen hatte SOS Heimat, eine Anfang 2001 gegründete Initiative aus dem Umfeld der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft und der Wochenzeitung Zur Zeit. Mit FPÖ-Bundesrat John Gudenus fand sich auch ein Mitherausgeber dieses Blattes im Publikum.

Am Podium diskutierten unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Hermann Böhm Gerhard Zeihsel (Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich), die Rechtsanwältin Eva M. Barki und Dr. Georg Nicola (Palästinensische Gemeinde in Wien). Letzterer behauptete, die "Israelis" hätten aus Jenin sechs palästinensische Kinder entführt, um sie einmal "vielleicht für bestimmte Taten in Zukunft" verwenden zu können. Nicola empörte sich auch über das Schweigen des "Christentums" angesichts der israelischen Belagerung der "Geburtskirche" in Bethlehem. Wenn "irgendwo" eine Synagoge Ziel eines Anschlages wird, sei demgegenüber die "ganze Welt" in Aufregung. Da dränge sich ihm der Verdacht auf, dass der "zionistische Machtapparat in der Welt schon so weit [ist], dass sie alles beherrschen". Den Ausdruck Terrorismus für die Taten islamistischer Selbstmordattentäter lehnte Nicola naturgemäß ab. Er sprach von "Widerstand", der anhalten wird, solange Juden und Jüdinnen in der Region leben oder die "Bedingungen" der palästinensischen Bevölkerung nicht akzeptieren.

Die AIK hat mit einiger Verzögerung die Teilnahme Nicolas verurteilt und sich von der Veranstaltung distanziert. Gleiches gilt für die Palästinensische Gemeinde, die auf ihrer Homepage schon einmal behauptet hat, der Zionismus sei schlimmer als der Nationalsozialismus. Dennoch konnte Dr. Nicola am 28. September 2002 auf der AIK-Demonstration "anlässlich des 2. Jahrestages der Al-Aqsa Intifada" in Wien sprechen. Auch die umstrittene Podiumsdiskussion am 12. Jänner 2003 im Wiener Afro-Asiatischen Institut (zum Thema "Antizionismus gleich Antisemitismus?") wurde von der AIK gemeinsam mit der Palästinensischen Gemeinde veranstaltet.

Nachdem auch das Forum gegen Antisemitismus der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) in einer Publikation auf den antisemitischen Charakter der Agitation von AIK und Gleichgesinnten hingewiesen hatte, reagierten die Betroffenen mit einem "offenen Brief" an die IKG (5. 12. 01). Der Brief gipfelt in der altbekannten Behauptung, wonach die Juden und Jüdinnen selbst am Antisemitismus schuld seien: "Es ist zu befürchten, dass die Vorgangsweise Ihrer Publikation, anstatt Antisemitismus zu verhindern, im Gegenteil dazu beiträgt, die Herausbildung eines unbefangenen und vorurteilslosen Umgangs der österreichischen Bevölkerung mit dem Judentum und den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erschweren, und zwar sowohl was das erstrebte gleichberechtigte und friedvolle Zusammenleben in der Gegenwart als auch was die Aufarbeitung der so schrecklichen Vergangenheit betrifft." Solange sich die Juden und Jüdinnen weigern, "zwischen dem Judentum als Religions- und Kulturgemeinschaft einerseits und dem mehrheitlich von Menschen jüdischen Glaubens bewohnten Staat Israel andererseits" zu differenzieren, werde es nicht möglich sein, "ihrer Diskriminierung, dem Antisemitismus, den Boden zu entziehen". Das Schreiben gipfelt in einer Drohung: "Das bedeutet letztlich, dass die uneingeschränkte Identifikation der Kultusgemeinde mit den Interessen des Staates Israel den Interessen der Menschen jüdischer Herkunft in Österreich schadet, anstatt ihnen zu nützen." "Unterstützt" wurde der "offene Brief" an die IKG nicht nur von der AIK, sondern u.a. auch vom Arabischen Palästinaklub (dieser veranstaltet Filmabende im Wiener Afro-Asiatischen Institut, bei denen Berichten unabhängiger Menschenrechtsorganisationen zum Trotz behauptet wird, die Israelis hätten in Jenin ein "Massaker" begangen), von der Bewegung für soziale Befreiung (RKL-Vorfeldorganisation), der Palästinensischen Gemeinde in Österreich, von Susanne Jerusalem (die Grüne Landtagsabgeordnete hat sich mittlerweile ebenfalls von der AIK distanziert und will mit ihr nichts mehr zu tun haben) und dem Internationalen Palästinakomitee.

Das Internationalen Palästinakomitee rief im Dezember 2001 zu einer Demonstration in Wien unter der Parole "Gegen Terrorismus und Krieg. Frieden für Afghanistan und Palästina" auf. Im Demonstrationsaufruf wurden antisemitische Mörderbanden einmal mehr zu "Befreiungsorganisationen" erklärt und Israel des "Staatsterrorismus" und des systematischen "Völkermordes" bezichtigt. Offen wurde dort ausgesprochen, um was es geht: "Palästina den Palästinensern!" Auch auf den Rassismus in Österreich wurde positiv Bezug genommen:

"Wie in Österreich müssen auch [in Palästina, Anm.] die Einheimischen entscheiden, wer von den Zuwanderern und Eindringlingen in ihrem Land bleiben darf und wer es verlassen und dorthin zurückkehren muß, woher er gekommen ist." Bezeichnenderweise fand sich dieser Aufruf auch auf der Homepage der rechtsextremen Wiener Nachrichten Online (WNO).

Bei der Demonstration wurde übrigens ein Transparent mit der Aufschrift "Ziel der zionistischen Politik? Weltherrschaft?!" vorangetragen. Daneben kam dort eine Broschüre des Internationalen Palästinakomitees zur Verteilung. In dieser wird offen der Holocaust relativiert und Sympathie gegenüber neonazistischen Geschichtsfälschern gezeigt: "Um die Politik Israels gegenüber den Palästinensern zu rechtfertigen, wird im Westen, vor allem in den deutschsprachigen Ländern, medial immer wieder der 'Holocaust' aufgewärmt und die Verfolgung der Juden vor mehr als 50 Jahren beschworen und aufgebauscht. [...] Auch die wissenschaftliche Untersuchung des Holocaust' wird unter Strafe gestellt [gemeint sind die Gesetze gegen neonazistische Geschichtsfälscher und Volksverhetzer, Anm.], und internationale Konferenzen von Historikern, welche Mythenbildungen der Geschichtsschreibung seit dem Zweiten Weltkrieg kritisch überprüfen und revidieren, werden auf Druck Israels und seiner Helfershelfer verhindert. [Gemeint ist die für Anfang April 2001 geplante Neonazi-Konferenz in Beirut, welche von der libanesischen Regierung verboten wurde, Anm.] Denn es besteht die Gefahr, dass mit der unvoreingenommenen wissenschaftlichen Überprüfung der 'Holocaust' als eine wichtige Säule der Legitimierung Israels zusammenbricht." Wie eng der Antisemitismus mit dem Verschwörungsmythos verwandt ist, belegen die Autoren dieser Broschüre mit ihrem Hinweis auf den angeblich so "großen Einfluss der Zionisten auf die internationale Politik, insbesondere den USA". Es folgt eine Auflistung von "Juden, die Clintons Hof beherrschen". Wie die Neonazis glauben auch die Islamisten aus dem Palästinakomitee, dass die Juden oder "Zionisten" die "Schlüsselstellungen der US-Administration [...] zu weit mehr als die Hälfte (einige Quellen behaupten bis zu 90 Prozent)" einnehmen. Auch die alte Nazi-Legende von der "Beherrschung der Medien" durch die Juden wird dort aufgewärmt. Abgerundet wird das Machwerk mit Parolen wie "Recht auf Heimat für alle Völker: Palästina den Palästinensern wie Österreich den Österreichern!". Die antisemitische Hetzschrift endet mit rhetorischen Fragen: "Wie lange noch europäische Wiedergutmachungsmilliarden für die Vertreibung der Palästinenser? Hilfe für Israel ist Mitschuld am Terrorismus. Verträge mit dem unersättlichen Israel sind genauso absurd wie die Hoffnungen auf ein Ende der Wiedergutmachungsforderungen. Heute israelischer Anspruch vom Euphrat bis zum Nil - morgen von der Donau bis zum Rhein und übermorgen? Diese Juden - das 'auserwählte Volk' Gottes? Dann gnade uns Gott!"

Ebenfalls auf der Homepage der rechtsextremen WNO wurde im März 2002 ein Text unter dem Titel "Wehrmacht und Intifada" veröffentlicht. In diesem wurde der Kampf gegen Israel verbunden mit dem Kampf gegen die damals gerade in Wien gezeigte "Wehrmachtsausstellung". Darunter fanden sich die Ankündigungen von zwei Demonstrationen in Wien: Eine am 12. April, "für einen souveränen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt Jerusalem", organisiert von der AIK. Und eine am 13. April gegen die "Wehrmachtsausstellung", organisiert von Neonazis.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es Gruppen wie die AIK sind, die mit ihrer "antizionistischen" Agitation den Antisemitismus schüren. Ihre Gefährlichkeit liegt darin begründet, dass sie im Unterschied zu Rechtsextremen dies jedoch in Abrede stellen und so bei Menschen Gehör finden, welche sich ansonsten solch einer Propaganda verschließen würden. Im linken Mäntelchen ist das Ressentiment von vielen nicht so rasch als solches zu erkennen.

1.3 APA-Aussendung, 31.1.2003, Opernball-Demo

Opernball-Demo: Rechtsextreme Homepage hofft auf "Intifada in Wien"

DÖW: Internet-Artikel "der bis dato eindrucksvollste Beleg für die Herausbildung einer antiimperialistischen Querfront"

Im Zusammenhang mit der geplanten Opernball-Demo hofft die laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) rechtsextreme Homepage "Wiener Nachrichten Online" (WNO) auf eine "Intifada in Wien". In einem seit gestern, Mittwoch, auf der Seite zu findenden Artikel - Titel: "Opernball und Antiimperialismus" - reitet der Autor "Summutt" heftige Attacken gegen Kritiker von Gruppen, die "in der linken Szene immer wieder wegen ihrer kompromißlosen Ablehnung der USA und Israels, auf Feindschaft und Ablehnung stoßen".

Auf einer von der "Aktion gegen Antisemitismus" gehosteten Seite des DÖW heißt es, der Artikel sei "der bis dato eindrucksvollste Beleg für die Herausbildung einer antiimperialistischen Querfront". Und weiter: "Wie groß demgegenüber die Zustimmung zur AIK (Antiimperialistische Koordination, Anm.) samt Anhang in Teilen der rechtsextremen Szene ist, belegt 'Summutt' mit seinem Text."

Besonders hat es "Summutt" auf die "Ökologische Linke" abgesehen: "... eine Kleinstgruppe (1 Person plus wechselnde Freundinnen) namens 'Ökologische Linke' (ÖKOLI) seit Jahren praktisch ausschließlich mit der Bekämpfung dieser angeblich antisemitischen Linken beschäftigt und dazu wahlweise das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, die Israelitische Kultusgemeinde oder das Zentralorgan der lachsfarbenen Linken namens 'Der Standard' instrumentalisiert", heißt es. Dem gegenüber werden Zeitschriften wie "Bruchlinien" und "Intifada" als durchaus herzeigbar bezeichnet.

Besonders wichtig ist für "Summutt" offenbar der Verlauf des Opernball-Protests: "Bei der Demo selbst wird sich dann zeigen, ob die Neuorientierung des Demorituals (...) zu einer inhaltlich aufgeladenen Demonstration gegen den Imperialismus gelingt, es also zu einer Art Intifada in Wien kommen kann. Vor allem die Fähigkeit, weitere Kreise für diese Prestigeveranstaltung der radikalen Linken zu mobilisieren, vor allem sind hierbei auch Ausländer, nicht zuletzt Araber, anvisiert, könnte über die zukünftige Relevanz der antiimperialistischen (sic!, Anm.) Linken in der Szene mitentscheiden", heißt es bei den als rechtsextrem eingeschätzten WNO.

Anfang dieser Woche hatte die "Aktion gegen Antisemitismus" ein Dossier über die Antiimperialistische Koordination auf der DÖW-Homepage publiziert, in dem "Antisemitismus von links" in Zusammenhang mit der AIK geortet wurde. Fazit des Dossiers: Es seien "Gruppen wie die AIK", die "mit ihrer 'antizionistischen' Agitation den Antisemitismus schüren". Ihre Gefährlichkeit liege darin begründet, "dass sie im Unterschied zu Rechtsextremen dies jedoch in Abrede stellen und so bei Menschen Gehör finden, welche sich ansonsten solch einer Propaganda verschließen würden". (APA)

1.4 Der Standard (online), 31. 01. 2003, "Neue Qualität" bei Opern-Demo

Experte hält Neonazi-Beteiligung für möglich - Ein Schulterchluss zwischen der rechts-und der linksextremen Szene scheint möglich...

Polizei wartet ab Bei der Wiener Polizei weiß man von einem möglichen links-rechten Bündnis bei der Opernball-Demo noch nichts. "Das ist noch fast ein Monat Zeit bis dorthin, unsere erste Besprechung findet erst am 14. Februar statt. Da wird man dann auch darüber reden", heißt es bei der Polizeidirektion.

Wien - Von einer "neuen Qualität" im Zusammenhang mit der wieder erwarteten Opernballdemonstration spricht Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands in Wien. Ein Schulterchluss zwischen Teilen der rechts-und der linksextremen Szene am 27. Februar scheint für Schiedel möglich.

Einschleusen

"Ich würde nicht ausschließen, dass sich Rechte in die Demo einschleusen, besonders, wenn ein Krieg gegen den Irak bereits läuft", meint der Experte. Denn die USA und Israel seien für die Extremisten beider Seiten ein Feindbild. Wobei die Linke gespalten ist, die Mehrheit lehnt den Anti-Israel-Kurs ab.

Bisher sei dieses Phänomen in Österreich noch nicht beobachtet worden, in Deutschland gibt es dagegen schon länger Bestrebungen in diese Richtung. Nun ist aber auf einer Internetseite von Rechtsextremen ein mit Pseudonym gezeichneter Beitrag erschienen, in dem recht deutlich die Positionen linker "Antimperialisten" herausgearbeitet werden - die sich mit jener Rechtsextremer decken. (moe, DER STANDARD Printausgabe 1/2.2.2003)

II – DIE ZITIERTEN DOKUMENTE VON AIK UND RKL

2.1 Aussendung der RKL, 6.10.2000, „1000 in Wien für Palästina“

1000 in Wien für Palästina

Starke Mobilisierung der arabischen und islamischen Gemeinde

Wien, 6.10.00 (RKL)

Dem Aufruf der antiimperialistischen Kräfte sowie jenem einer breiten Koalition islamischer, christlicher und sozialdemokratischer Organisationen zu einer Protestdemonstration gegen das israelische Massaker an den Palästinensern folgten heute mehr als Tausend Menschen. Die übergroße Mehrheit von ihnen waren Araber und Moslems aus der Türkei.

Die antiimperialistischen Kräfte beteiligten sich am von den islamischen Vereinigungen organisierten Schweigemarsch, den diese in möglichst ruhiger Form durchführen wollten, um ihre sozialdemokratischen Bündnispartner nicht zu vergraulen. Einige dieser hatten dann bei der Großkundgebung am Stephansplatz nicht besseres zu tun, als zur Fortsetzung des „Friedensprozess“ aufzurufen, in dem die Palästinenser alles verloren haben und als Dank nun auch noch massakriert werden.

Es war bezeichnend, dass die islamischen Vereinigungen den antiimperialistischen Kräften keinen Redner zustanden, obwohl diese als einzige österreichische Demonstranten mobilisiert hatten und überdies ihre Kundgebung im Einvernehmen mit den islamischen Kräften später beginnen ließen.

Die antiimperialistische Kundgebung fand dann im Anschluss auch am Stephansplatz statt, an der sich rund 300 Menschen, vor allem arabische Jugendliche beteiligten. Die Redner wiesen darauf hin, dass der Friedensprozess nun endgültig gescheitert sei und sich nicht nur in den Augen der Palästinenser, sondern auch gegenüber der Weltöffentlichkeit als Betrug herausgestellt hat. Die nationale Selbstbestimmung und die Kontrolle über ihr Land sei das elementare demokratische Recht der Palästinenser. Koloniale Vertreibung und Besiedlung im Dienste des Imperialismus könne nicht geduldet und müsse rückgängig gemacht werden. Die einzige demokratische und antiimperialistische Lösung sei ein arabisches Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer mit vollen religiösen Rechten für Moslems, Christen und Juden. Der Antisemitismus sei ein Produkt des europäischen Kapitalismus und könne nicht auf dem Rücken der Araber gelöst werden. Der kapitalistisch-imperialistische Völkermord an den Juden könne den kapitalistisch-imperialistischen Völkermord an den Palästinensern nicht rechtfertigen. Die Opfer des Faschismus würden in der Form des Zionismus zu neuen Tätern. Daher sei der Zionismus nicht nur der Feind der Antiimperialisten, sondern auch aller demokratisch gesinnten Juden.

Seinen Abschluss fand der Aktionstag mit einer kraftvollen und kämpferischen Demonstration unter den Losungen „Stoppt das Massaker in Palästina“ und „Freiheit für Palästina“, dann der sich noch rund 250 Menschen beteiligten.

2.2 Erklärung der ILS, Mai 2001, „Für ein freies, demokratisches und arabisches Palästina“

Für ein freies, demokratisches und arabisches Palästina

Aufruf der ILS zur Unterstützung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung

Die 90er haben den tiefsten Punkt in der Geschichte des leidgeprüften palästinensischen Volkes markiert. Jegliche Hoffnung auf Erreichung eines dauerhaften Friedens nach Jahren des Widerstandes gegen die zionistische Okkupation durch den Landraub akzeptierende Kompromisse mit dem kolonialen Aggressor, ist verloren gegangen. Die fehlerhafte Formel „Land für Frieden“, die suggerierte, dass der Konflikt von den Besetzten ausgehe und nicht von Besatzern, auf welcher das Oslo-Abkommen basierte, schlug letztendlich fehl. Als Gegenleistung zur Anerkennung Israels finden sich die Palästinenser in einer Situation wieder, in der weiter ihr Land gestohlen und der jüdische Siedlungsbau beschleunigt vorangetrieben wird. Ihre Wirtschaft wird weiter stranguliert, indem die besetzten Gebiete abgeriegelt werden, das bebaubare Land zerstört wird, immer weniger Wasser zu ihrer Verfügung steht und das Land aufgesplittert ist, was bedeutet, dass es nur unter Überwindung zahlreicher Hindernisse möglich ist, sich frei von einem zum anderen Ort und besonders nach Jerusalem zu bewegen. Es gibt nicht die Spur von Selbstbestimmung außer dem „souveränen“ Recht der Palästinensischen Nationalbehörde mit den Besatzungskräften bei der täglichen Repression und bei ihrer Administration zu kollaborieren – und zum Nachteil der Mehrheit in ihre eigene Tasche zu arbeiten. Aber wenn der Diener nicht fähig ist, mit der Volksrebellion fertig zu werden, dann sind die zionistischen Schlächter noch immer schnell zur Stelle.

Die neue Intifada, die letzten September begann, ist nichts geringeres als der Kampfschrei der übergroßen Mehrheit des palästinensischen Volkes, die nicht länger bereit ist, die zionistische Herrschaft und ihre täglichen Verbrechen unter dem Deckmantel des „Friedensprozesses“, zu akzeptieren. Der Aufstand bringt den Palästinensern ihre Würde, die sie in Oslo verloren, zurück, indem der den falschen und ungerechten Ausverkauf, der „Frieden“ genannt wurde, als das enttarnen, was er wirklich ist, nämlich die Fortsetzung der zionistischen Herrschaft via palästinensische Bantustans, und indem sie die Welt daran erinnerten, was Israel wirklich ist, nämlich ein illegitimer, rassistischer und kolonialer Besatzungsstaat. Oslo ist unwiderruflich gestorben, obwohl die Imperialisten ihr bestes geben, um es am Leben zu halten.

Mit dem Fehlschlag Oslos wurde bewiesen, dass der gesamte Versuch eine friedliche Koexistenz mit dem zionistischen Staat, die „Normalisierung“ genannt wurde, und die mit dem Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel 1978 unter imperialistischem Druck eingeleitet worden war, nichts als eine reaktionäre Illusion war. Die bloße Existenz Israels ist mit dem imperialistischen Interesse, den Nahen Osten zu kontrollieren, verbunden, was antagonistisch zu den Interessen von Abermillionen unterdrückten und ausgebeuteten Arabern steht. Das *raison d'être* Israels ist es, als lokale verwurzelte Militärmacht zu dienen, die den arabischen Befreiungskampf unterdrücken soll. Die Lösung des Konfliktes in Palästina in der Form einer Zwei-Staaten-Lösung, die auch für die Palästinenser wirkliche Souveränität heißen würde, ist aus diesem Grund völlig unmöglich.

Nichtsdestotrotz kämpft ein wichtiger Teil des palästinensischen Volkes mit Zähnen und Klauen für einen Staat in Gaza und dem Westjordanland mit Jerusalem als Hauptstadt. Obgleich so ein Staat – angenommen es wäre ein wirklich souveräner Staat – niemals von Israel akzeptiert und anerkannt werden würde, unterstützen wir den Kampf dafür, insofern er gegen den Zionismus gerichtet ist und daher einen Schritt in Richtung der Befreiung ganz Palästinas darstellt, die nur auf den Ruinen Israels möglich sein wird. Auf der anderen Seite weisen wir jedoch das Konzept eines palästinensischen Staates in Gaza und Cisjordanien

zurück, wenn es dazu benutzt wird, einen Kompromiss mit dem Zionismus zu suchen und Israel zu legitimieren.

Während Israel die Speerspitze der imperialistischen Hegemonie im Nahen Osten darstellt, beruht letzter gleichzeitig auch auf dem Dreieck von kapitalistischen Marionetten-Regimes in Ägypten, Türkei und den Golfstaaten, deren Bourgeoisie mit riesigen Vorteilen und Privilegien durch die Kooperation mit dem Imperialismus beschenkt werden. Die Zerstörung des zionistischen Staates und die Befreiung Palästinas ist daher untrennbar mit dem Kampf der armen arabischen Massen für soziale Gleichheit und nationale Einheit verbunden. Sie sind die einzigen, die fähig sind die notwendigen Kräfte aufzustellen um den Feind zu besiegen, da sie nichts zu verlieren haben außer ihren Ketten. Um das imperialistische Joch los zu werden, müssen die Bauern, Arbeiter, die städtische Armut und die Soldaten von Marokko bis zum Irak, von Syrien bis zum Sudan die Kompradorenbourgeoisie von der Macht vertreiben und ihre eigene demokratische Volksmacht errichten.

Wie uns die Geschichte lehrt wird der Imperialismus selbst auf den leisesten Versuch des Widerstands und der Rebellion gegen seine Herrschaft, von seiner Reaktion auf einen echten revolutionären Befreiungskampf ganz zu schweigen, mit Waffengewalt reagieren und ohne Zweifel wird er einen Krieg vom Zaun brechen, wie er es schon so oft getan hat (die Suez-Krise, der algerische Befreiungskampf, und der Krieg und der Genozid gegen den Irak sind unter den berühmtesten Beispiele in der arabischen Welt). Die derzeitige Intifada ist das Fanal eines großen revolutionären Volksbefreiungskrieges, der unaufhaltsam näher rückt.

Um diese neue Welle der Befreiungskämpfe, die vor uns liegen, zu gewinnen, brauchen die arabischen Massen nicht nur eine revolutionäre Führung, die sich noch mühsam vorankämpfen muss, sondern auch die Unterstützung wirklich demokratischer und antiimperialistische Kräfte innerhalb der imperialistischen Festung, die selbst unnachgiebig gegen die militärische, politische und ökonomische Aggression ihrer Regime kämpfen. Wir sollten dem Signal, das von dem palästinensischen Volk in ihrer heroischen Intifada ausgesendet wird, das nach weltweiter Solidarität ruft, Folge leisten. Wir rufen alle ehrliche und wirklich demokratische und antiimperialistische Kräfte in der Welt und besonders in den imperialistischen Ländern auf, dieses Aufforderung aufzunehmen und gemeinsam die palästinensische und arabische Sache zu unterstützen. Nur gemeinsam werden wir fähig sein unseren gemeinsamen Feind besiegen – den Imperialismus.

Stoppt das Massaker in Palästina – Unterstützt die Intifada!

Für ein sofortiges Ende der Besatzung von Westjordanland und Gaza-Streifen!

Für das Recht auf Rückkehr für alle palästinensischen Flüchtlinge!

Für einen unabhängigen und souveränen palästinensischen Staat in Gaza und dem Westjordanland mit Jerusalem als Hauptstadt als einen ersten Schritt in Richtung Befreiung!

Nieder mit dem falschen Osloer „Friedensprozess“ – ein gerechter Friede kann nur durch die Befreiung vom Zionismus und dem Rückzug aller imperialistischen Kräfte aus dem Nahen Osten erreicht werden.

Für ein demokratisches Palästina der Volksherrschaft mit Religionsfreiheit für Moslems, Christen und Juden!

Für eine antiimperialistische arabische Föderation mit einem freien Palästina in ihrem Herzen!

Exekutivkomitee der ILS

Mai 2001

2.3 Aussendung der AIK, 17. 09. 2001, „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“

Erklärung zum Anschlag auf die Symbole der US-Weltherrschaft

Die imperialistische Euphorie, die die Welt erfasst hatte, ist vorbei. Die verwundete Bestie brüllt. Als handelte es sich um einen Science-Fiction-Film, erklärt der Imperator den Krieg. Man weiß nicht gegen wen, nicht wo und nicht wann, aber die Söldner werden ausgeschildet, um die erlittene Schmach zu rächen. Jene, die sich triumphal als stärkste Militärmacht aller Zeiten verstanden, wurden in ihrem empfindlichsten Punkt getroffen – ihrer angeblichen Unverwundbarkeit.

Nach einem ersten Moment der Panik und Verwirrung gewinnt das die Überhand, was die Medien als „amerikanischen Stolz“ bezeichnen und was in Wirklichkeit nichts anderes ist, als das abscheulichste revanchistische, chauvinistische und imperialistische Gefühl. Indes feierten in jenen Ländern, in denen Hunderte Millionen unter den schlimmsten Bedingungen zu vegetieren gezwungen sind oder an Hunger und Krankheit sterben müssen, die Ärmsten der Welt, das Massaker von New York. Unter den Völkern, die in den letzten Jahrzehnten jede Form der Demütigung, Aggression, Ungerechtigkeit und Unterdrückung über sich ergehen lassen mussten, hieß man den Zusammenbruch der Zwillingsstürme willkommen. Die Armen erblicken das Böse dort, wo die Reichen das Gute sehen. Nur Priester mit gefüllten Mägen können diese Gefühlsausbrüche der Verdammten dieser Erde verurteilen. Letztere sehen in den USA und ihren untertänigen Verbündeten die Hauptschuldigen für ihre unmenschlichen Lebensbedingungen, der Barbarei, in der sie zu leben gezwungen sind und aus der es scheinbar keinen Ausweg gibt. Haben sie damit so Unrecht?

Die heuchlerischen Führer der USA und der Nato-Staaten schreien, weinen und drohen, dass der Friede vorbei sei. Welcher Friede? Friede, Wohlstand und ruhiges Leben gab es nur in den reichen westlichen Ländern, während der Rest der Welt schon lange in Flammen steht, zerrissen von blutigen Kriegen, die gerade von jenem Westen organisiert, unterstützt und für seine imperialistischen Interessen genutzt werden.

Sie können sich ihre Krokodilstränen sparen, denn jetzt ernten sie das, was sie einst säten. Sie haben kein Recht sich zu beschweren, wenn der Krieg und die Ströme von Blut, die sie in den ärmsten Ländern vergießen, nun auch das Herz des Imperiums erfasst. Viele der Opfer der Anschläge sind unschuldig. Aber auch die irakischen Kinder, die wie Fliegen unter dem von den USA verhängten Embargo sterben, sind unschuldig. Ebenso wie auch die von der israelischen Armee massakrierten Palästinenser, oder das jugoslawische Volk, das mit Nato-Bomben aus abgereicherten Uran massakriert wurde. Und unschuldig sind die dreißigtausend Kinder, die täglich an Hunger und heilbaren Krankheiten zugrunde gehen. Die Menschen sind alle gleich – die Einwohner New Yorks gehören der gleichen Spezies an wie jene Bagdads oder Belgrads. Und wir vergessen auch nicht Hiroshima und Nagasaki, wo der amerikanische Imperialismus seine diabolische Taufe erhielt, den Nazis die Weltherrschaft entreißend.

Nun, wo dem Imperialismus ein Schlag ins Gesicht versetzt wurde, entdeckt er plötzlich den Wert des menschlichen Lebens und schreit gegen den kriminellen Terrorismus. Von unserem Standpunkt aus, vom Gesichtspunkt jener, denen das Schicksal der Menschheit am Herzen liegt, jener, die für Gerechtigkeit kämpfen, ist der größte Verbrecher der Imperialismus selbst. Die gefährlichsten Terroristen sind jene, die die Fäden der Weltpolitik ziehen. Wir erlauben uns den Angehörigen der unschuldigen Opfer, die am 11. September ihr Leben verloren haben, unser Beileid auszusprechen. Es ist hingegen weder ehrlich noch ernst zu nehmen, wenn dies von jenen kommt, die geschwiegen haben, als die USA, die Nato und ihre Vasallen Mord und Totschlag über jene Völker brachten, deren einzige Schuld es war dem Diktat der Herren nicht Folge geleistet zu haben.

Imperialismus bedeutet wirtschaftlicher Kolonialismus, soziale Plünderung, politische Unterwerfung, militärische Aggression, kulturelle Gleichschaltung. Ungerechtigkeit hat die Geschichte der Menschheit immer begleitet. Doch niemals war der Unterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten – im Gleichschritt mit der Konsolidierung der Macht der USA – so groß, so unüberbrückbar, so gigantisch, wie in den letzten Jahrzehnten. Wer wirklich Frieden will, muss zuerst den Imperialismus beseitigen. Alles andere ist Geschwätz, das zur Einlullung und Vergiftung der öffentlichen Meinung im Westen dient, um sie auf zukünftige Kriege einzuschwören und dem Militarismus den Weg zu ebnen.

Jeder, der die Wahrheit liebt, weiß dass alle vom Imperialismus geführten Kriege reaktionär und ungerecht sind, ganz unabhängig von den vorgeschobenen Begründungen. Wir, die wir immer auf der Seite der Armen und Elenden stehen, werden diese Kriege nie unterstützen und uns mit allen Mitteln gegen sie zur Wehr setzen. Genauso wenig unterstützen wir den antiislamischen Kreuzzug, der immer heftigere Formen annimmt. Wir werden die Hexenjagd nicht mitmachen, die nur zur Rechtfertigung neuer Formen des Totalitarismus dient. Deswegen verurteilen wir die Haltung, die der Großteil der westlichen Linken in diesen Tagen einnimmt. Unter dem Vorwand jede Form des Terrorismus zu verurteilen, endet die „Linke“ bei der Gleichsetzung der Gewalt der Unterdrücker mit jener der Unterdrückten. Sie begibt sich in die Rolle von Satrapen des Imperiums, um schließlich nicht nur dem amerikanischen Volk, sondern dem Regime in Washington ihre Solidarität zu versichern.

**Solidarität mit den unterdrückten Völkern und den Verdammten dieser Erde!
Für die Verbrüderung mit all jenen, die gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung kämpfen!**

Für eine internationale Front aller revolutionären Kräfte!

Der Imperialismus sät Tod – Tod dem Imperialismus!

2.4. Aussendung der RKL, 6.10.2001, „Wider die Überschätzung der Stärke des Gegners“

Gedanken zu den Imponderabilien des imperialistischen Krieges gegen Afghanistan

Unbesiegbarkeit

Die Niederlage der USA in Vietnam hatte international gewaltige Folgen. Sie spornte die unterdrückten Massen der Welt zu einem revolutionären Anlauf gegen den Imperialismus an der aus hier nicht näher zu behandelnden Gründen schließlich scheiterte. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Inauguration der Neuen Weltordnung mit dem Krieg gegen den Irak ist eine völlig neue Periode angebrochen. Die kommunistische Bewegung wurde geschlagen, der Westen fast gänzlich befriedet. So konnte man die Blödheit vom Ende der Geschichte usw. der Intelligenz im Westen erfolgreich verkaufen.

Der Mythos der Unbesiegbarkeit, Unverwundbarkeit und Allmacht der Vereinigten Staaten rührt vor allem vom Golfkrieg her. Die Unterwerfung und Unterdrückung der Volksmassen der Dritten Welt hat in diesen vergangenen zehn Jahren ungeahnte und bisher für nicht möglich gehaltene Ausmaße insbesondere im Nahen Osten erreicht. Es hat sich an manchen Orten eine explosive Situation entwickelt, die bisher aber nicht zum Ausbruch kommen konnte, weil die vermeintliche Omnipotenz der westlichen Führungsmacht USA und die Nibelungentreue ihrer westeuropäischen Juniorpartner jegliche Rebellion als zum Scheitern verurteilt erscheinen lassen musste.

Die 78 Tage Verteidigung Jugoslawiens gegen die Nato, obwohl schließlich verloren, zeigten bereits in nuce die Verletzlichkeit der Neuen Weltordnung. Noch aber war es zu früh, dass sich wirklich ein Riss entwickeln konnte. Die Anschläge sind abermals ein solcher Punkt, wo die US-Hegemonie auf dem Prüfstand steht.

Sie haben durch den erfolgreich erbrachten Beweis der Verwundbarkeit dem Ohnmachtgefühl der Volksmassen entgegengewirkt und werden unter gewissen politischen Umständen diese zum weiteren Kampf anstacheln. Jetzt hängt alles von der Reaktion des verletzten Tyrannen ab. Doch dieser steht vor einem Dilemma. Es ist wahrscheinlich, dass seine Handlungen ihn nur noch tiefer in die Krise bringen wird.

Politischer Islam und Geopolitik

Der politische Islam wurde in den 70er-Jahren vom Imperialismus als Instrument gegen die Befreiungsbewegungen in den arabischen und islamischen Ländern gefördert und benutzt, oftmals auch geschürt. Doch bald stellte sich die Zwiespältigkeit dieser politischen Strömung heraus:

Im Iran war der politische Islam die einzige Möglichkeit, die soziale Revolution zu verhindern. Doch erwies sich diese politische Bewegung als so selbständig, dass die Kompradorenbourgeoisie bis heute die Macht nicht hat zurück erobern können.

Im Gegenteil, die iranische Revolution stieß im gesamten Nahen Osten eine Entwicklung an, welche die Volksmassen von den gescheiterten Nationalisten und Kommunisten zu den Islamisten übergehen ließ, ohne den antiimperialistischen Impuls zu verlieren. Die libanesische Hisbollah ist da das klassische Beispiel. Von einer konservativen Terrororganisation, die sich auch stark gegen die Linke richtete, entwickelte sie sich zu einer demokratisch-reformistischen Befreiungsorganisation, die einen erfolgreichen Kampf gegen die zionistische Besatzung führte.

Auch in Palästina selbst, dem bevölkerungsmäßig unbedeutetem aber politisch um so wichtigeren arabischen Kernland, war eine ähnliche Entwicklung zu sehen. Die Hamas, anfangs mit dem Plazet Israels gegen die Intifada und die sie führende Linke gegründet, übernahm die Führung der Massen und musste so zwangsläufig auch den Kampf gegen Israel fortsetzen. Damit sagen wir nicht, dass es sich um eine revolutionäre Führung handeln würde. Keineswegs! In Hamas gibt es einen bürgerlich-konservativen Kern, der mit Israel

kompromissbereit ist. Es gibt jedoch einen wirklich antiimperialistischen Flügel ebenfalls. Der Dschihad drückt vielleicht den Radikalismus dieses politischen Islams am besten aus, und er sieht die Linke tendenziell als Verbündete und nicht als Feinde.

In Algerien gab es mit der FIS eine ähnliche Tendenz und es bleibt abzuwarten, ob angesichts der Unfähigkeit der Linken im größten moslemischen Land, Indonesien, nicht auch eine solche Entwicklung zu erwarten ist.

Die Wahabiten repräsentieren zweifellos den reaktionärsten Teil des politischen Islam, der pro-imperialistisch ist. Doch das Ölparadies der Saudis ist in der Krise. Die sozialen Spannungen reflektieren sich in den Spannungen im Herrscherhaus selbst. Die Stimmung in den Volksmassen der Region erfordert einen immer unnachgiebigeren Antiamerikanismus und Antiimperialismus, der zumindest an den Rändern zu Konflikten mit den ehemaligen Herren führt. Das ist mit den Taliban und Bin Laden der Fall.

Die alte Metapher vom dem Meister entgleitenden Zauberlehrling passt hier vorzüglich. Sie ist nur vor dem Hintergrund des Hasses der Volksmassen auf den Imperialismus zu verstehen.

Afghanistan

Die Taliban wurden von Pakistan an die Macht gebracht, weil sie als einzige fähig waren den Bürgerkrieg (zumindest den innerpaschtunischen) zu beenden. Die arabischen Truppen ermöglichten es ihnen zur Drehscheibe der islamischen Destabilisierung Russlands im Kaukasus und in Zentralasien, sowie in Xinjiang und in Kaschmir zu werden.

Dass die USA dafür ihr Einverständnis gegeben hatten, ist bekannt. Dass sie diesen wertvollen Verbündeten sich über das Drogengeschäft finanzieren ließen (manche Quellen gegen von bis zu 80% der Weltrohoppiumproduktion aus), vielleicht weniger.

Doch die sich entwickelnde politische Eigendynamik machte sie für die USA zunehmend untragbar, mit der sie immer mehr in Konflikt kamen. (Eventuell aus falschem politischen Kalkül seitens Washington, denn es hätte eventuell auch zu einem Ausgleich mit Bin Laden kommen können. Doch angesichts der Stilisierung als Inkarnation des Bösen ist das nun nicht mehr möglich.)

Die USA haben sich nun selbst dazu gezwungen den Taliban und Bin Laden den Garaus zu machen, was durchaus die Vernichtung des arabischen Kerns bedeuten könnte. Damit ist jegliches stabile pro-imperialistische Regime ausgeschlossen. Die Folge wird eine Parzellierung, eine Balkanisierung des Landes am Hindukusch sein, nämlich entlang der Stammes-, Nationalitäten- und Konfessionsgrenzen. Dies bedeutet ständige Konflikte, wenn nicht einen permanenten Bürgerkrieg mit wechselnden Allianzen, in dem alle anliegenden Staaten sowie die USA ihre Finger mit im Spiel haben werden.

Allerdings sind die Ausgangsbedingungen für Russland nun bedeutend besser als 1992 beim Abzug seiner Truppen. Denn die sowjetische Präsenz hatte alle afghanischen Gruppen geeinigt, was heute nicht mehr der Fall ist. Im Gegenteil, ein Schlag gegen die Taliban muss sich zumindest teilweise auf die Nordallianz stützen, die unter der Kontrolle Russlands steht.

Mag sein, dass sich die eine oder andere Gruppe aus der russischen Umklammerung befreien wird, dennoch wird es immer Gruppen geben, die russische und iranische Hilfe im Konkurrenzkampf gegen ihre Rivalen annehmen und benötigen werden.

Russland – China – Indien

Die Präsenz amerikanischer Truppen in Zentralasien wird vielfach als Ausweitung des imperialistischen Einflusses am „weichen Bauch“ Russlands gewertet. Einer genaueren Analyse hält diese Einschätzung aber nicht stand, wie der Feind selbst bestätigt (siehe stratfor.com, The Geopolitical Price of War, George Friedman).

Die zentralasiatischen Republiken sind nicht Saudi-Arabien und die Truppenaufmarsch hat eine völlig andere Physiognomie als jener gegen den Irak. Erstens handelt es sich um nur wenige Spezialtruppen, zweitens bleibt jegliche Operation von Russland abhängig,

insbesondere die Logistik und das wird sich Russland politisch, militärisch und wirtschaftlich teuer bezahlen lassen. Je länger die Operation dauert – und dies ist unabsehbar – desto höher wird der Preis. Die erste russische Bedingung ist das amerikanische Plazet für die Vernichtung der tschetschenischen Guerilla, die am tiefsten im russischen Fleisch steckt, denn sie gefährdet die Stabilität der gesamten Kaukasusregion. Des weiteren wird die USA wenig gegen die sich intensivierenden Beziehungen zum Iran einwenden können. Auch die verstärkte politisch-militärische Zuwendung zu den zentralasiatischen Republiken und insbesondere der Nordallianz, die bis vor kurzen in Washington noch verpönt war, wird unabwendbare Folge des US-Engagements sein. Wie sich das auf die Beziehungen zur Ukraine und zum Baltikum auswirkt, kann noch nicht vorausgesagt werden, jedoch ist es wahrscheinlich, dass die USA zumindest nicht zu weiteren Vorstößen schreiten wird.

Was China betrifft, so sind seine Beziehungen zu Russland durch die Causa keineswegs gefährdet. Sowohl ein Einschreiten gegen die islamische Guerilla als auch ein UN-Mandat gegen den Terror, das gegen den uighurischen und tibetischen Widerstand interpretierbar ist, kann nur im chinesischen Interesse sein. Der Kampf gegen die islamistische Guerilla ist überdies eine der wenigen Anknüpfungspunkte mit Indien, das bis auf weiteres ein Konkurrent bleibt.

In gleicher Weise ist Indien an einem Schlag gegen die islamistische Bewegung interessiert. Ein In-den-amerikanischen-Orbit-Rücken bedeutet das indes nicht.

Insgesamt tötet die USA mit dem nun notwendig gewordenen Schlag gegen den politischen Islam in Zentralasien ihren eigenen Agenten. Sie steht nun vor den Trümmern ihrer eigenen, seit zwanzig Jahren verfolgten Politik.

Krieg in Nahost?

Ein neuer Krieg in Nahost ist gewiss unvermeidlich und unabwendbar, denn anders sind die sich anhäufenden Widersprüche nicht zu entladen. Die einzig verbleibende Frage ist, wann und unter welchen Bedingungen er ausgelöst werden wird – und für wen diese günstig sind.

Für die Hegemonialmacht USA ist die heutige politisch-militärische Architektur durchaus günstig, denn sie wurde zum Zeitpunkt ihrer größten Machtentfaltung etabliert. Solange keine unmittelbare Gefahr für diese Architektur besteht – und das scheint heute nicht der Fall zu sein – so kann ein großangelegtes militärisches Eingreifen die weitere politische Polarisierung und die Verfestigung des bereits heute für sie sehr bedrohlichen Antiamerikanismus bedeuten. Eine weitere Attacke gegen den Irak nach dem Modell vom Dezember 1998 ist zwar als Racheaktion denkbar, doch bleibt das Dilemma, das für die USA schon seit 1991 ungelöst ist, nämlich einen Ersatz für das Baath-Regime aufrecht. Die weitverbreitete pro-irakische Stimmung in der arabischen Bevölkerung und in der Folge auch der Druck auf einige pro-westliche Regimes würde sich nur noch weiter verstärken.

Schwäche der USA

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die USA weiterhin die Hegemonialmacht bleiben. Doch es gibt zwei sich immer stärker bemerkbar machende Tendenzen: Einerseits wächst der Widerstand der Volksmassen in aller Welt, auch wenn er noch von einer verallgemeinerten Explosion entfernt ist. Andererseits – und damit in Wechselwirkung stehend – wächst das demografische, wirtschaftliche, politische und letztlich auch militärische Gewicht von China, Indien und Russland (in dieser Reihenfolge), die vehement eine multipolare Welt fordern und die amerikanische Hegemonie herausfordern. Diese zwei Tendenzen bewirken, dass die US-Weltordnung sich immer mehr in eine Weltunordnung umwandelt – ein Prozess, an dessen Ende ständige Kriege und die Multipolarität stehen wird.

Die US-Kontrolle über Europa stellt das indes kurz- bis mittelfristig nicht in Frage, dazu bedarf es einer qualitativen Niederlage der USA mit globaler Bedeutung. Diese liegt noch vor uns und wird noch millionenfach Opfer erfordern.

Die USA haben einen latenten Konflikt nun voll entzündet. Der Ausgang dieses Konfliktes ist nicht determiniert. Wir können über Wahrscheinlichkeiten sprechen, und wir glauben und hoffen, dass die neue Weltordnung einen Schlag erhalten wird. Aber die Reserven der USA sind tatsächlich gewaltig und nicht alle Faktoren sind abwägbar. Ein schneller Erfolg der USA gegen Afghanistan – wenn auch unwahrscheinlich – ist nicht auszuschließen, würde erneut Prestige bringen und auch geostrategisch die Umkreisung Russlands verstärken. Der Konflikt ist jedenfalls eröffnet. Wir sind in diesem Konflikt nicht neutral und wir sind überzeugt dass unsere Karten so schlecht nicht sind.

Revolutionär Kommunistische Liga
6. Oktober 2001

2.5 Aussendung der RKL, Ende Oktober 2001, „Grenzen des politischen Islam“

Geschichte des politischen Islam

Die islamischen Gesellschaften kannten – ähnlich wie das christliche Europa, teilweise sogar beeinflusst durch die Entwicklungen in der islamischen Welt – einerseits eine hellenistische und aufklärerische Periode und andererseits heftige soziale Kämpfe, die sich beide in religiösen Auseinandersetzungen niederschlugen. Für ersteres sind die Mutazila und der pantheistische Sufismus Hallaschs stellvertretend für eine sehr vielfältige Bewegung zu nennen, für zweiteres sind wohl die Qarmaten das beste Beispiel. Vieles davon ist verschüttet worden, doch in der Shia hat sich einiges sozialrevolutionäres Potential bewahrt.

Dennoch, die Zeit, der Wandel der sozialen Verhältnisse kann den politisch-sozialen Inhalt einer bestimmten religiösen und theologischen Anschauung grundlegend verändern, so wie das in der Geschichte auch für säkulare Ideologien und selbst für den Marxismus der Fall war. Hier sei nur auf die heutige Bandbreite der Isma‘iliyya hingewiesen, die vom sozialrevolutionären Alawitentum in der Türkei bis hin zur liberal-kapitalistischen Sekte des Aga Khan in Pakistan reicht. Es ist also bei weitem nicht ausreichend die Geschichte einer religiösen Bewegung zu studieren, sondern es kommt in aller erster Linie auf ihre Einbettung in die aktuellen Verhältnisse an.

Seit Beginn der imperialistischen Durchdringung haben sich religiös legitimierte Widerstandsbewegungen und -tendenzen entwickelt. Da jedoch zu diesem Zeitpunkt die aufklärerischen und sozialrevolutionären Strömungen bereits gänzlich besiegt und weitgehend verschüttet waren, orientierte sich dieser Widerstand an sozial meist äußerst konservativen Vorbildern. Der Wahhabiyya legt davon Zeugnis ab. Es gibt in den Jahrzehnten um 1900 einige Versuche den orthodoxen Islam mit dem westlichen Fortschritt in Einklang zu bringen, doch bezog sich das vor allem auf Naturwissenschaft, Technik und Industrie, während diese Strömungen auf dem Feld der sozialen Verhältnisse konservativ blieben.

Das Feld des sozialrevolutionär-antiimperialistischen Kampfes wurde so im großen und ganzen von den säkular-nationalistischen und zunehmend von den kommunistischen Strömungen besetzt, die in Konflikt mit dem erst in Ansätzen bestehenden politischen Islam kamen.

Das kommunistische Emanzipationsprojekt befand sich damals noch im Aufstieg und entwickelte gewaltige Anziehungskraft auf die Volksmassen der unterdrückten Länder, die islamischen eingeschlossen. Der Sieg über den Faschismus gab dieser Tendenz noch weiteren Auftrieb, denn der Degenerationstendenzen wurde damals außerhalb Europas kaum jemand gewahr. Der erste Schock kam mit der sowjetischen Anerkennung Israels, die den Aufstieg des Kommunismus stark dämpfte und an seiner statt dem arabischen Nationalismus um so mehr die Unterstützung der Volksmassen zuströmen ließ.

Bis dahin war der politische Islam ein Nostalgieprojekt kleinbürgerlich-reaktionärer Kreise, das ab und an von der arabischen Reaktion gegen die fortschrittlichen Impulse des Panarabismus genutzt wurden. (Das gilt übrigens nicht gänzlich für den Iran).

Der nächste Schock kam mit der Niederlage 1967, dem faktischen Ende des Panarabismus. Ab diesem Zeitpunkt wurde der politische Islam ausgehend von Ägypten mit der Unterstützung des Imperialismus gegen den Linksnationalismus eingesetzt. Mit dem antisowjetischen Feldzug in Afghanistan strebte diese Politik ihrem Höhepunkt zu, um ihren vorläufigen Abschluss in der Unterstützung der Kräfte des politischen Islam gegen die erste Intifada zu finden.

Dennoch stimmt es, dass nach 1967 in gewissen Teilen der Volksmassen eine Hinwendung zum politischen Islam begann, die nicht gleichbedeutend mit ihrem Anheimfallen an die Reaktion verstanden werden können. Bis zu einem gewissen Grad ist es die Abwendung vom gescheiterten Säkularismus sei es nun in seiner kommunistischen, nationalistischen oder noch

mehr liberal-demokratischen Form. Mit der iranischen Revolution erhielt diese Bewegung gewaltigen Auftrieb.

Der Zusammenbruch der UdSSR 1989-1991 brachte nur eine Tendenz zu einem Abschluss, die zumindest seit Anfang der 80er-Jahre zu spüren war und tatsächlich schon viel früher begonnen hatte. Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Emanzipationsmodells, das zur gänzlichen Vernichtung einer relevanten antagonistischen Opposition in den imperialistischen Zentren führte, musste der den Säkularismus repräsentierende Westen von den islamischen Massen en bloc als imperialistischer Feind aufgefasst werden. Die Hinwendung der Volksmassen zum politischen Islam wurde konsequenterweise noch stärker.

Mit dieser sozialen Basis tendiert der politische Islam trotz der sozialreaktionären Herkunft dazu, sich mit der sozialen Frage aufzuladen und so dem Antiimperialismus eine immer intransigenter Form zu geben. Die beispiellose Verschlechterung der sozialen Lage und die Schärfe der imperialistischen Demütigung im letzten Jahrzehnt treibt diesen Prozess weiter an. Das gilt nicht nur für die schiitischen Bewegungen allen voran der Hisbollah im Libanon, sondern auch für sunnitische Parteien wie die FIS in Algerien oder die Hamas in Palästina.

Diese Tendenz wird mit der Kapitulation weiterer Teile der Linken und ihre Unterstützung für den vermeintlich aufgeklärten Flügel der Bourgeoisie gegen den politischen Islam noch verstärkt.

Mit den letzten Ereignissen haben sich das antiimperialistische und in der Folge notwendigerweise auch das sozialrevolutionäre Potential des politischen Islam nur noch weiter gesteigert.

Der iranische Sonderweg

Die iranische Entwicklung unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der arabischen. Einerseits erlitt die Linke mit der Eliminierung Mossadeghs in den 50er-Jahren eine tiefe Niederlage. Andererseits war der schiitische Klerus immer oppositionell zum modernistischen Schah, der seinerseits zur Legitimierung eher auf einen iranischen Nationalismus als auf den Islam gesetzt hatte. Zudem verfügte der schiitische Klerus gegenüber dem sunnitischen (wenn man überhaupt von einem solchen sprechen kann) über eine viel festere, eigenständige Basis.

Mit der Akzentuierung der sozialen Gegensätze und des globalen antiimperialistischen revolutionären Aufschwungs in den 60er- und 70er-Jahren wurden die traditionell quietistischen Züge der unter den Safawiden kanonisierten 12er-Schia von immer weiteren Teilen des Klerus zugunsten einer in der Lehre vom verborgenen Imam angelegten mobilisatorischen Tendenz abgelöst. blieb die Hauptströmung von Ayatollah Khomeini dennoch sozial konservativ, so gab Ali Shariati dieser Bewegung einen offen sozialreformerischen Charakter, der konsequent sozialrevolutionären Tendenzen das Tor aufstieß.

Die Grenzen des politischen Islam

Dennoch zeigt der Iran gleichzeitig auch die Grenzen des politischen Islam auf. Zwar war die islamische Revolution durchaus in der Lage ein vom Imperialismus einigermaßen unabhängiges Regime zu errichten, doch konnte und wollte es den Kapitalismus keineswegs überwinden und die himmelschreiende soziale Ungleichheit beseitigen.

Der politische Islam ist im großen und ganzen eine explizit gegen den Klassenkampf gerichtete Ideologie, die ein korporatistisches Bündnis der Volksklassen mit der Bourgeoisie vorsieht. Die sozialen Spannungen sollen mittels fabianischer Sozialreform gedämpft werden. Daher wurde die säkulare wie islamische Linke vom siegreichen Khomeini auch mit aller Gewalt liquidiert. Obwohl die um den Schah gruppierte Bourgeoisie völlig entmachtet wurde, entwickelte sich eine neue Bourgeoisie aus den Bazaris und dem Klerus. Heute sind die sozialen Gegensätze nicht wesentlich geringer als jene im Persien des Schahs.

Das bedeutet nicht, dass die iranische Revolution ihren antiimperialistischen Impetus völlig ausgehaucht hätte. Dennoch tendiert die neue Bourgeoisie schlicht und einfach aus ihren Klasseninteressen heraus immer stärker zur Kooperation mit dem Imperialismus.

(An dieser Stelle kann nicht alles über die Geschichte der iranischen Revolution gesagt werden. Diese bedarf einer genaueren Darstellung.)

Was den sunnitischen Islamismus betrifft, ist die sozialkonservative Tendenz traditionell noch stärker, die durch die Petrodollar des Wahhabitismus kräftig gefördert wird. Trotz des gewaltigen sozialen Drucks von unten hat der Block aus ägyptischen Moslembrüdern und ihren radikalen Abspaltungen und den radikalen Flanken des saudischen Wahhabitismus noch nicht einmal den verbalen Schritt von der karitativen Sozialhilfe zur Sozialreform gemacht. So haben sowohl die Moslembrüder als auch der Jihad und die Jama'a der Aufhebung der nasseristischen Bodenreform zugunsten reicher Bauern und Landbesitzer gegen die Interessen der immer stärker verarmenden Kleinbauern und Landlosen zugestimmt!

Konsequenter Antiimperialismus muss auch sozialrevolutionär sein oder es zumindest werden. In dem Maße, in dem der antiimperialistische Kampf der Volksmassen an Kraft gewinnt und die revolutionäre Avantgarde ihn voranzutreiben versteht, ist eine Spaltung des politischen Islam unvermeidlich, wobei sich ein Flügel auf die Seite der Bourgeoisie und damit auch des Imperialismus stellen wird. Dass sich ein anderer mit dem kommunistischen Antiimperialisten verbünden wird, ist nicht nur möglich, sondern muss von diesen vorangetrieben werden. Eines bleibt jedoch sicher: ohne die Expropriation des Imperialismus und der Bourgeoisie, die Errichtung der Volksmacht und in der Folge des Aufbaus des Sozialismus ist keine soziale Entwicklung möglich. Hinzu kommt, dass der Islam als politische Ideologie zur Entwicklung und Gewinnung einer antagonistischen Opposition in den Metropolen denkbar ungeeignet ist. Die Geschichte hat jedoch eindringlich gelehrt, dass ohne die Zerschlagung des Imperialismus auch in seinen Zentren die menschliche Emanzipation unmöglich ist.

Schlussfolgerungen

- 1) Das Versagen der Linken ist ein wesentlicher Faktor des Aufstiegs des politischen Islam.
- 2) Die islamistische Bewegung weist keine Einheitlichkeit auf und muss in den jeweiligen politischen und sozialen Kontext gestellt werden, um sie beurteilen zu können.
- 3) Die islamistische Bewegung verfügt über ein antiimperialistisches Potential, das mit den Ereignissen vom 11. September noch weiter angewachsen ist. Wir müssen das gegen den Imperialismus gerichtete Moment unterstützen.
- 4) Wir müssen mit den sozialrevolutionären Strömungen des politischen Islam in Kontakt treten und die antiimperialistische und kommunistische Bewegung von der Notwendigkeit der Kooperation mit dieser überzeugen.

Alfred Klein, Wien
Ende Oktober 2001

2.6 Offener Brief an die Israelitische Kultusgemeinde, 05.12.2001

An die
Redaktion des Organs der Israelitischen Kultusgemeinde „Die Gemeinde“
Seitenstettengasse 4
Postfach 145
1010 Wien

Betrifft: Leserbrief zur Beilage „Newsletter des Forums gegen Antisemitismus“

Wien, den 5. Dezember 2001

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge der Lektüre der dem Organ der Israelitischen Kultusgemeinde beigelegten Newsletter des Forums gegen Antisemitismus (Oktoberausgabe) mussten wir leider feststellen, dass in der Aufzählung antisemitischer Akte Kurzberichte über unser Engagement für die Beendigung der militärischen Besetzung der palästinensischen Gebiete sowie von uns verwendete Symbole kommentarlos und in einem Zuge mit größtenteils rechtsextremistischen Gewaltakten gegen jüdische Menschen und Einrichtungen genannt werden. Daraus ist zu schließen, und das soll offenbar auch der Leserin/dem Leser suggeriert werden, dass besagtes Engagement von Ihrem Organ als antisemitisch betrachtet wird.

Wir nehmen diese Beurteilung Ihrerseits mit dem größten Bedauern und mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis. Tatsächlich sprechen wir uns mit Entschiedenheit gegen jedwede Diskriminierung von Menschen jüdischer Herkunft und/oder Religionszugehörigkeit – gemeinhin als Antisemitismus bezeichnet – aus und befürworten das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von ihrer Religion oder Kultur. Das um so mehr, als sich auch Menschen jüdischer Herkunft an unseren Aktivitäten beteiligen.

Mit Bedauern mussten wir in diesem Zusammenhang ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass sich ihre Publikation einer Vorgangsweise bedient, die uns schlichtweg unverantwortlich erscheint. Durch die unrichtige Gleichsetzung des Judentums als Religions- und Kulturgemeinschaft mit dem Staat Israel soll jedwede Kritik an der Politik dieses Staates von vornherein als antisemitisch gebrandmarkt und so verhindert werden. Diese Vorgangsweise ist zumindest befremdlich, würde doch die Bezeichnung von kritischen Äußerungen an der Politik eines mehrheitlich von beispielweise Christen bewohnten Staates als antichristliche oder das Christentum als solches diskriminierende Aussagen durchaus mit Verwunderung aufgenommen werden.

Es ist zu befürchten, dass die Vorgangsweise Ihrer Publikation, anstatt Antisemitismus zu verhindern, im Gegenteil dazu beiträgt, die Herausbildung eines unbefangenen und vorurteilslosen Umgangs der österreichischen Bevölkerung mit dem Judentum und den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erschweren, und zwar sowohl was das erstrebte gleichberechtigte und friedvolle Zusammenleben in der Gegenwart als auch was die Aufarbeitung der so schrecklichen Vergangenheit betrifft. Erst wenn es möglich sein wird, Jüdinnen und Juden unvoreingenommen als gleichwertige und gleichberechtigte – und das bedeutet durchaus nicht über jede Kritik erhabene – Mitmenschen zu begreifen, erst wenn Jüdinnen und Juden selbst die Differenzierung zwischen dem Judentum als Religions- und Kulturgemeinschaft einerseits und dem mehrheitlich von Menschen jüdischen Glaubens bewohnten Staat Israel andererseits einfordern (und damit auch in Rechnung stellen, dass seine Politik einer kritischen Betrachtung unterzogen werden kann), wird es möglich sein,

ihrer Diskriminierung, dem Antisemitismus, den Boden zu entziehen. Das bedeutet letztlich, dass die uneingeschränkte Identifikation der Kultusgemeinde mit den Interessen des Staates Israel den Interessen der Menschen jüdischer Herkunft in Österreich schadet, anstatt ihnen zu nützen.

Wir bitten Sie daher eindringlich, zur Schaffung eines vorurteilsfreien Zusammenlebens Ihren Beitrag zu leisten und sich in diesem Sinne der ehrlichen und unvoreingenommenen Diskussion rund um die politische Verantwortung des Staates Israel für das Leid von Millionen von Palästinenserinnen und Palästinensern nicht mit dem Hinweis auf Antisemitismus zu entziehen. Gestatten Sie es uns als um Gerechtigkeit und Frieden bemühten Menschen öffentlich dafür einzutreten, ohne uns den unrichtigen und rufschädigenden Vorwurf des Antisemitismus zu machen, dass ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Nahen Osten nur durch Anerkennung und Umsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes möglich sein wird. In gleicher Weise wird die Bekämpfung des Antisemitismus in uns immer unermüdliche und aufrichtige Mitstreiter haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Margarethe Gal (Opfer des Faschismus und Mitglied des KZ-Verbandes)

Für die Plattform „Freiheit für Palästina“ (Organisatorin der Demonstration in Wien am 28. September anlässlich des ersten Jahrestages der Intifada)

Unterstützt von:

Antiimperialistische Koordination (AIK)

Arabischer Palästinaclub

Bewegung für soziale Befreiung (BsB)

Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS)

Internationales Palästina Komitee

Internationales Solidaritätsforum (ISF)

Linkswende

Palästinensische Gemeinde in Österreich

Susi Jerusalem

Universalismusgruppe

Wiener Friedensbewegung

III. NICHTZITIERTE ERLÄUTERENDE DOKUMENTE VON AIK UND RKL

3.1 Aussendung der AIK, 11.01.2003, „Kritik an Zionismus ist indiskutabel“

Im Folgenden die Aussendung der AIK in Antwort auf die Diffamierung der AIK als antisemitisch im Vorfeld der Veranstaltung „Ist Antizionismus gleich Antisemitismus“ im Jänner 2003 mit Michel Warschawski vom Alternative Information Center, Jerusalem. Aufgrund der Stimmungsmache gegen die AIK sagte die Gemeinderätin der Grünen Wien Susanne Jerusalem ihre Teilnahme ab. Die Veranstaltung wird in der DÖW-Aussendung als Beweis für die antisemitische Einstellung der AIK zitiert. Es wird allerdings nirgendwo erwähnt, dass der bekannte israelische Regierungskritiker Warschawski Vortragender war.

Jan. 11, 2003

Kritik an Zionismus ist indiskutabel

Stimmungsmache gegen Israel-kritische Stimmen anlässlich der Veranstaltung mit Michel Warschawski

Nach scheinbar heftigen Interventionen und einer beispiellosen Stimmungsmache gegen die grundsätzlichen Kritiker Israels hat Susanne Jerusalem ihre Teilnahme an der Diskussionsveranstaltung mit Michel Warschawski abgesagt. Warschawski ist die bekannteste antizionistische Stimme in Israel selbst und Fürsprecher eines binationalen demokratischen Staates – Ansichten, die ihn bereits hinter Gitter gebracht haben.

Mit folgenden Argumenten will das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, die Diskussion unterbinden:

„Nun ist gerade die AIK ein anschauliches Beispiel dafür, dass es eben nicht um "Kritik" geht, sondern um die Vernichtung Israels. Und der Wunsch, den jüdischen Staat von der Landkarte verschwinden zu lassen, kann wohl nicht anders als antisemitisch bezeichnet werden. [...] In der IKG weiß man übrigens nichts von einer Anfrage an Dr. Muzicant. Daneben käme es ihm nie in den Sinn, mit Menschen öffentlich zu diskutieren, die den Juden und Jüdinnen das Recht auf einen eigenen Staat (und damit das Recht auf Sicherheit vor antisemitischer Verfolgung) absprechen. Dennoch wirbt die AIK weiter mit der möglichen Teilnahme Muzicants.“

Susanne Jerusalem wurde obendrein scheinbar der Text des notorischen Rassisten Thomas Schmidinger (<http://xover.htu.tuwien.ac.at/abc/natrevo.html>) zugeschickt, dessen Vorwurf des Antisemitismus wir im folgenden entgegnen.

Die IKG hat im übrigen noch am Dienstag den 7. Jänner auf telefonische Rückfrage hin nicht nur den Erhalt unserer schriftlichen Einladung bestätigt, sondern auch ihren Versuch bekundet, einen Vertreter zu schicken, wenn auch nicht den Vorsitzenden.

Grundsätzliche Diskussion über Israel ist scheinbar von Seiten der Sharon-Freunde nicht gewünscht. Sie kennen nur die Sprache der Verleumdung sowie der Gewalt, des Terrors und der Vertreibung.

Wir lassen uns nicht beirren und laden zur Diskussion:

Sonntag, 12. Jänner 2003, 18:30 Afro-Asiatisches Institut, Türkenstraße 3

Vorwurf:

In Österreich wird die militant antizionistische Fraktion der Linken, deren Antizionismus zu Vernichtungsphantasien gegenüber Israel führt und immer wieder in der etwas beschönigend

verpackten Forderung nach der Vertreibung – zumindest der aus Europa eingewanderten - Jüdinnen und Juden aus Israel mündet, also ein nur schlecht kaschierter Antisemitismus ist, v.a. von der Antiimperialistischen Koordination (AIK), der ex-trotzkistischen Revolutionär Kommunistischen Liga (RKL) und der maoistischen Kommunistischen Aktion (KOMAK), die sich vor Kurzem mit der "Initiative Marxisten-Leninisten" (IML) fusioniert hat, vertreten. In ihren Publikationen werden die Selbstmordattentate in Israel und den besetzten Gebieten als legitimer Befreiungskampf beworben. Sowohl die RKL, mit ihrer Vorfeldorganisation "Bewegung für soziale Befreiung" (BsB) fordert immer wieder ein "arabisches Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer" in dem die "Besiedlung im Dienste des Imperialismus [könne] nicht geduldet und [müsse] rückgängig gemacht werden" müsse.

Antwort:

Mit dem Begriff "Vernichtungsphantasien" soll ein Zusammenhang mit dem Holocaust suggeriert werden. Tatsächlich haben wir wieder und wieder gesagt, dass wir für einen demokratischen und gegen einen exklusiv jüdischen Staat eintreten, der per se gegenüber der ursprünglichen Bevölkerung Apartheid oder gar Vernichtung bedeutet. Es sind jene Leute, die uns solche Vorwürfe machen, denen die Vernichtungsphantasien zugeschrieben werden müssen.

Der Vorwurf der Vertreibung ist frei erfunden. Im Gegenteil, wir betonen immer und immer, dass ein demokratischer Staat allen dort lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität oder Religionszugehörigkeit, Platz bieten muss. In diesem Zusammenhang haben wir auch immer darauf hingewiesen, dass Israel als exklusiv jüdischer Staat eine Gefahr für die jüdische Existenz in Nahost bedeutet. Nur wenn die jüdische Bevölkerung einen demokratischen Staat akzeptiert, wird sie friedlich leben können. Solange sie als Kolonisten und Unterdrücker auftritt, wird sie immer Widerstand hervorrufen und ihre Existenz wird immer prekär sein. Gerade der Kampf für einen demokratischen Staat ist die einzige Sicherung für die jüdische Existenz im Nahen Osten.

Über die möglichen Formen eines demokratischen Staates wird viel diskutiert und es sind viele Varianten entworfen worden, so zum Beispiel von Michel Warschawski die Idee eines binationalen Staates, also zweier Titularnationen ohne exklusive territoriale Ansprüche. Dessen Durchführbarkeit hängt aber davon ab in welchem Ausmaß das Kolonialvolk sich auf die Seite der Kolonisierten stellt. A priori ist das nicht zu sagen.

Was die Siedlungen in den besetzten Gebieten betrifft, ja die müssen aufgelöst werden!

Vorwurf:

Für die RKL ist die gesamte "Al-Aqsa-Intifada", samt Selbstmordattentaten und antisemitischen Propagandakundgebungen auf denen islamistische Imame und Funktionäre von Hamas, Gihad oder ehemals sekulärer Milizen dazu aufrufen "Juden zu vernichten" "nichts geringeres als der Kampfschrei der übergroßen Mehrheit des palästinensischen Volkes, die nicht länger bereit ist, die zionistische Herrschaft und ihre täglichen Verbrechen unter dem Deckmantel des "Friedensprozesses", zu akzeptieren".

Antwort:

Selbst der Dschihad ist dazu fähig zwischen Juden als Religion und Zionisten zu unterscheiden. Niemand ruft dazu auf "Juden zu vernichten", das ist eine kranke Propagandaphantasie. Wozu sehr wohl aufgerufen wird, ist, die Okkupanten zu vernichten,. Nur, das hat mit Antisemitismus nichts zu tun, das ist Antikolonialismus.

Selbstmordattentate sind ein in der Geschichte immer wieder auftretendes Phänomen. Meist werden sie dann angewandt, wenn sich die Unterdrückten in einem derartigen Kräfteungleichgewicht befinden, dass ihnen die Vernichtung des eigenen Lebens als einzige

Möglichkeit erscheint, dem Gegner Schaden zuzufügen. Hätten die Palästinenser eine reguläre Armee, gäbe es keine Selbstmordattentate. Die politische Kampforganisation, die die meisten Selbstmordattentate verübt hat, sind übrigens die Tamil Tigers, die für einen tamilischen Staat auf Sri Lanka kämpfen. Selbstmordattentate an sich haben nichts mit Religion oder Antisemitismus zu tun.

Extreme Formen der Unterdrückung rufen extreme Kampfmethoden hervor, die nicht die unseren sind. Über die Legitimität des palästinensischen Befreiungskampf sagen sie schlichtweg gar nichts aus.

Was den Friedensprozess betrifft, so steht es wohl außer Zweifel, dass dieser von Israel nie ernst gemeint war. Bester Beweis dafür ist die fortgesetzte und noch intensivierete Siedlungstätigkeit in den Besetzten Gebieten während des „Friedensprozesses“.

Vorwurf:

Während die RKL überall in der Welt "nationale Befreiungskämpfe" unterstützt und sich auch auf völkische Befreiungsbewegungen wie die PKK ausschließlich positiv bezieht, kämpft sie lediglich um die Zerstörung einer einzigen "Nation", nämlich Israel, der Staat der Überlebenden der Schoa.

Antwort:

Völkische Befreiungsbewegung? Was soll das sein? Dass das kurdische Volk existiert und unterdrückt ist, daran kann kein Zweifel bestehen. Was daran "völkisch" sein soll, kann man nur verstehen, wenn man den Amerikanismus für Internationalismus hält. Für uns ist das nationale Selbstbestimmungsrecht jedenfalls ein demokratisches Recht.

Wir sind gegen den Zionismus, der Umwandlung der jüdischen Religion in eine kolonialistische Nation. Als Opfer eines Völkermordes werden die Juden zum Kanonenfutter der US-Hegemonialbestrebungen gegen die Araber gemacht um die Apartheid des Siedlerkolonialismus zu rechtfertigen.

Vorwurf:

Dies trifft auch auf die KOMAK zu, die sich nach ihrer Fusion mit der IML nun KOMAK-ML nennt. Von Israel spricht sie nur als von einem "zionistische[n] Apartheidstaat" gegen den das "heldenhafte Ringen des palästinensischen Volkes um seine elementaren Rechte" in Form der Intifada gerichtet ist. "Frieden in der Region kann es" für die KOMAK "nur geben, wenn die Imperialisten ihre Finger davon lassen - was zugleich den Zusammenbruch des israelischen Staates bedeuten würde." Die Antiimperialistische Koordination (AIK) teilt nicht nur diesen Vernichtungswillen gegenüber dem Staat Israel als einzigem zu zerstörenden Staat, sondern geht in ihrer Propaganda noch einen Schritt weiter. In Nr. 8 ihrer Zeitung "Intifada" lässt sie Ali Nasser Wafa´ Idris, die erste weibliche Selbstmordattentäterin als Heldin feiern, "die für ihr Volk lebte und starb".

Antwort:

Apartheid ist Rassendiskriminierung. Israel ist ein klassisches Beispiel dafür, nämlich in der Konstruierung einer Herrenrasse und der zugehörigen niedrigeren Rasse der Araber, die unterdrückt werden soll.

Wafa Idris wurde als Beispiel genannt, weil sie gänzlich säkular war. Wir wollen zeigen, wie wenig es sich um religiöse Fanatiker handelt als vielmehr um politisch-sozial völlig Verzweifelte.

Vorwurf:

Offen wird der Vernichtung israelischer Jüdinnen und Juden das Wort geredet. Um sich nach solchen Ergüssen gegen den Vorwurf des Antisemitismus zu wehren schiebt die AIK eine alte österreichische Antifaschistin und KZ-Überlebende vor, die dann im Namen der AIK verkünden darf, dass sich "hinter dem vermeintlichen Kampf der Linksliberalen gegen Antisemitismus" ein "latenter, im Falle der Antinationalen unverhohlener, anti-arabischer und anti-islamischer Rassismus" verberge.

Antwort:

Der Verfasser dieser Hetzschrift steht jener Gruppe nahe, die als Reaktion auf den 11. September 2001 die Bombardierung aller islamischen Länder gefordert hat (bekannt unter "Berliner Kommandoerklärung" der Zeitschrift Bahamas). Es ist dies tiefstzender Chauvinismus gegenüber allem islamischen und arabischen, der eines Bush würdig ist.

Die Antifaschistin ist Margarethe Gal. Sie vertritt die klassische antizionistische Position der alten, auch jüdischen Arbeiterbewegung, aus der sie stammt. Da es für sie während ihres gesamten politischen Lebens eine Selbstverständlichkeit war, auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, so sieht sie heute ihren Platz unter anderem in der Solidaritätsbewegung mit den Palästinensern. Sie hat im Übrigen den Verfasser dieser Hetzschrift bereits mündlich dazu aufgefordert, jede weitere Behauptung, sie würde sich missbrauchen lassen, zu unterlassen. Dass Schmidinger dieser Aufforderung nicht Folge leistet, spricht Bände über den Respekt, den er Opfern des Faschismus und Widerstandskämpfern zuteil werden lässt.

Vorwurf:

Die AIK verteidigte auch eine Demonstration von Hiszbulla-UnterstützerInnen in Wien, zu der im Dezember nicht nur die hiesigen UnterstützerInnen der schiitischen Islamisten erschienen waren, sondern auch eine Nazihompage, die "Wiener Nachrichten online" aufgerufen hatte.

Antwort:

Von Hisbollah und Islamisten keine Spur, sondern ein schiitisches botschaftsnahes Komitee. Warum sollen die Schiiten nicht für Palästina demonstrieren? Dürfen sie nicht, weil die Moslems sind? Dass Nazis das aufgreifen, ist ihr Problem. Im übrigen war die AIK an dieser Demonstration nicht beteiligt, hat auch nicht dazu aufgerufen.

Vorwurf:

Das Flugblatt zur Ankündigung der Demonstration, das auch an Umstehende verteilt wurde forderte "Palästina den Palästinensern!" Auch eine positive Bezugnahme auf den Rassismus in Österreich fand sich im selben Flugblatt: "Wie in Österreich müssen auch [in Palästina, Anm.] die Einheimischen entscheiden, wer von den Zuwanderern und Eindringlingen in ihrem Land bleiben darf und wer es verlassen und dorthin zurückkehren muss, woher er gekommen ist."

Antwort:

Was ein schiitisch-islamisches Komitee macht, dafür tragen wir keine Verantwortung, genauso wenig wie die Palästinenser. Dass Leute aus dem Nahen Osten alle, fortschrittliche wie reaktionäre Argumente gegen Israel ins Treffen führen, ist bekannt. Zuweilen vorgebrachte falsche Argumente machen die palästinensische Sache deswegen noch nicht reaktionär.

3.2 Aussendung der ILS, 08.10.2000, „Ökoli - linkes Feigenblatt der humanitären Bombenleger“

Im Folgenden die Antwort auf die zweite diffamierende Aussendung von Thomas Schmidinger. Diese wurde nicht zitiert, obwohl hier die Forderung des arabischen Palästina erläutert wird:

Ökoli - linkes Feigenblatt der humanitären Bombenleger

8. Okt 00

Rechtsextremismus und Liberalismus

Eine Antwort an die Ökologische Linke

Wer die Nachrichten der letzten Tage verfolgt hat, kennt den Ernst der Situation im Nahen Osten. Der Lügenfriede von Oslo bricht unter der palästinensischen Volksmobilisierung zusammen oder wird zumindest stark auf die Probe gestellt. Israel droht die unerhörte Brutalität seines Vorgehens weiter zu eskalieren, die „autonomen“ Palästinensergebiete wieder unter militärische Kontrolle zu stellen und zusätzlich Beirut zu bombardieren. Ein größerer Krieg erscheint möglich, die Vertreibung von Hunderttausenden aus dem Westjordanland und fortgesetzte israelische Massaker sind keinesfalls ausgeschlossen.

Wir sind in diesem Konflikt **BEDINGUNGSLOS** auf der Seite der Palästinenser und Araber. Es ist unsere kommunistische, unsere antiimperialistische und unsere demokratische Pflicht, dieses Volk gegen die Aggression zu verteidigen. Und wir erwarten das auch von allen anderen, die sich selbst als Linke verstehen. Neutralität ist nicht möglich. Neutralität und Gejammer, liberales Gewäsch ohne klar für eine Seite Stellung zu nehmen, heißt Unterstützung für den Stärkeren – für Israel und den Imperialismus.

In dieser Situation haben wir vorgestern (7.10.) eine Aussendung der „Ökologischen Linken“ erhalten, in der wir als „rechtsextrem“, mit „antisemitischen Positionen“ und „Holocaustverharmloser“ bezeichnet wurden und die Linke aufgefordert wurde, sich von der palästinensischen Demonstration, die am Freitag stattgefunden hatte, zu distanzieren. Bezogen hat sich die ökologische Linke dabei auf unsere Aussendungen zu dieser Demonstration. Abgesehen davon, dass die Anschuldigungen der Ökologischen Linken in der Gesamtheit völlig absurd sind (RKL=Nazis), scheint es uns dennoch nötig, zwei Sätze, die in ihrer verkürzten Form der böswilligen Anschuldigung der Ökologischen Linken entgegenkommen, klar zu stellen. Wir möchten festhalten, dass für uns der Holocaust an den Juden qualitativ und quantitativ nicht mit dem Verbrechen an den Palästinensern vergleichbar ist, auch wenn beides kapitalistisch-imperialistische Völkermorde darstellen. Für uns ist die jüdische Religionsgemeinschaft in keiner Weise für die Brutalitäten Israels verantwortlich. Der Zionismus ist eine sekuläre rassistische Ideologie und ein politisches Projekt des Imperialismus, das durch den nazistischen Antisemitismus leider zur politischen Mehrheitsströmung unter den Juden wurde. Daher ist der Kampf gegen den Antisemitismus, die Gleichberechtigung, ja Förderung der jüdischen Kultur in den europäischen und nahöstlichen Herkunftsländern der Juden und die Unterstützung einer antizionistischen-antikapitalistischen jüdischen Bewegung, die es immer gegeben hat und die vor dem Holocaust tatsächlich über eine breite Basis verfügte, eine wichtige Aufgabe.

Der Rest der Kritik der „ökologischen Linken“ stellt liberales, antinationales Gewäsch dar: Wir treten natürlich für ein demokratisches arabisches Palästina ein, vom Jordan bis zum Meer, und mit vollen religiösen, demokratischen und kulturellen Rechten für Moslems, Juden und Christen ohne territoriale Sonderrechte für koloniale Siedler. Die Geschichte hat gezeigt,

dass Israel nur als imperialistischer Agent existieren kann. Was an dieser Position antisemitisch sein soll, ist uns schleierhaft. Doch so wie der staatliche Antifaschismus die historische und soziale Grundlage des Faschismus verdeckt um die kapitalistische Kontinuität zu legitimieren, so führt der moralisierende antinationale Antifaschismus zur Rechtfertigung des Militärstaates Israel als einzig legitime Nation und damit zur Verweigerung jeder demokratischen und antiimperialistischen Lösung des Nahost-Konflikts.

Was eine historische, politische Auseinandersetzung in der Linken ist, wird mit Antinationalen wie der Ökologischen Linken zu einer tragischen Karikatur, durch die letztlich nur nach Argumenten gesucht wird, dass israelische Vorgehen zu entschuldigen, oder zumindest nichts dagegen zu unternehmen: Die Ökologische Linke behauptet gegen die Brutalität des israelischen Staatsapparats aufgetreten zu sein. Schön. E-mails sind gut, manchmal reichen sie aber nicht. (Zumal ist uns keine Aussendung der Ökologischen Linken zur Unterdrückung und dem Massaker Israels an den Palästinensern bekannt.) Nämlich dann, wenn gleichzeitig auch Demonstrationen stattfinden. Vor denen hat man aber Angst. Zu nationalistisch und angeblich antisemitisch. Wir können uns noch gut erinnern, als die Ökologische Linke, zu anderer Gelegenheit, vor serbischen Demonstranten, die mit jugoslawischen Fahnen für den schwarzen Journalisten Mumia Abu Jamal demonstrierten, die Flucht ergriffen hat. Das Leben und die Freiheit der Palästinenser zu verteidigen, dazu haben sie sich von Anfang an nicht durchgerungen. Zu Hause sitzen und kritisieren ist gar nichts außer ein beschämendes pseudolinkes Schweigen, das zur Mitschuld führt. Wir möchten ein strategisches Problem aufwerfen: Ohne Zweifel liegen die Brennpunkte des Widerstandes gegen das Weltsystem nicht hier im Westen. Das ist logisch, weil die Länder hier von einer politisch-militärisch-wirtschaftlichen Ordnung der Welt profitieren, die den Großteil der Welt aussaugt. Dieser Zustand tötet jedes Jahr viele Millionen Menschen. Jeder Widerstand gegen dieses Weltsystem ist fortschrittlich. Die Formen, die dieser Widerstand annimmt, sind entscheidend dafür ob er siegreich sein kann, ändern aber nichts an dem grundsätzlich fortschrittlichen Charakter. Wem die Jugoslawen und die Palästinenser zu nationalistisch und die kolumbianische Guerilla zu autoritär ist und sich aus diesen Gründen weigert diese Menschen gegen den Imperialismus zu verteidigen, der steht auf der Seite des letzteren und verschließt sich allen Möglichkeiten Teil dieses Widerstands gegen den globalen neoliberalen Imperialismus zu werden und auch das soziale und politische System in seinem Herz, nämlich bei uns, zu bekämpfen.

Die Globalisierung hat der Frage der nationalen Selbstbestimmung und Souveränität gegen ein scheinbar unbesiegbares Weltsystem neue Aktualität in den realen politischen Konflikten in aller Welt gegeben, auf die revolutionäre Internationalisten antworten müssen. Das schlichte Leugnen dieser Konflikte durch die Antinationalen stellt sie außerhalb jegliches emanzipatorischen Kampfes, außerhalb jeglicher politischer Wirklichkeit – wenn sie sich nicht wieder einmal in einer Front mit dem „humanitären“ Imperialismus und seinen Bomben für Menschenrechte befinden. Vielleicht wären ja der Baskenschlächter Baltazar Garzón oder Carla Del Ponte gute Bündnispartner im Kampf gegen die nationale Souveränität für eine neue anti-nationale Ordnung – die dann Globalisierung heißt.

Die Palästinenser sind eine unterdrückte Nation und kämpfen für ihr Recht auf eine unabhängige Nation. Ihr erwartet, dass sie sich verhalten wie linke europäische Studenten. Wir empfinden diese Erwartungshaltung als zutiefst rassistisch und arrogant, denn ihr verweigert einem Volk das Recht auf seine Lebensgrundlage.

Ihr seid nichts anderes als das linke Feigenblatt der imperialistischen „Menschenrechts“-mörder und "humanitären Bombenleger". Wir sind bereit mit jedem in politischer Form die Debatte und Auseinandersetzung zu suchen. Solltet Ihr jedoch fortfahren

uns in schamloser Weise zu diffamieren, hört jede Form der Verständigung auf, denn wir werden niemals hinnehmen, dass man uns, eine kommunistische und daher entschlossen antifaschistische Organisation, als rechtextrem und antisemitisch beschmutzt. Europäische Liberale seid Ihr, ein „selber Nazis“ werden wir Eurer politischen Idiotie aber nicht entgegenhalten.

Exekutivkomitee der Revolutionär Kommunistischen Liga
8. Oktober 2000

IV. REAKTIONEN AUF DIE DÖW-AUSSENDUNG

4.1 John Bunzl, 8. 2.2003, „Das DÖW auf dem Leim der „antideutschen Linken“?

Das DÖW auf dem Leim der „antideutschen Linken“?

Betrifft: Aussendung des DÖW: „Die Antiimperialistische Koordination(AIK)-Antisemitismus im linken Gewand.“

Ich gebe zu: es war etwas verwirrend das altbekannte DÖW an der Front der wackeren Kämpfer gegen den völkischen Antisemitismus – der Palästinenser (!) zu entdecken. Doch das Rätsel ließ sich leicht lösen: da muß ein Vertreter des Schwachsinn der „antideutschen Linken“(ADL) am Werk gewesen sein. Denn deren einfache „Logik“ wird hier zelebriert:

- 1) Das Schlimmste auf der Welt ist „Deutschland“
- 2) Das größte Verbrechen „Deutschlands“ ist der Genozid an den Juden
- 3) Israel ist der Staat der Opfer dieses Genozids
- 4) Der gegen Israel gerichtete Widerstand von Palästinensern, Arabern, Muslimen und Linken muß als Verlängerung des völkischen Antisemitismus, der zur Vernichtung der Juden geführt hat, definiert werden
- 5) Die von Israel ausgehende Gewalt hingegen muß demgemäß als Fortsetzung des antifaschistischen Widerstands definiert werden

Logo? In einer Publikation der ADL wurde tatsächlich der logische Schluß gezogen und Sharon als proletarischer Held gefeiert...

MM dient dieser Schwachsinn, der nichts mit der Realität des Nahen Ostens zu tun hat (Vertreter der ADL zeichnen sich diesbezüglich durch eine erstaunliche Ahnungslosigkeit aus) den Profilierungsneurosen und der Identitätsakrobatik verkorkster deutscher (und österr.) Linker, die (in maßloser Selbstüberschätzung) endlich einmal auf der „richtigen“ Seite gegen den NS kämpfen und mehr noch den psychologischen Effekt genießen wollen andere Linke des Antisemitismus zu zeihen. Bedauerlicherweise ist die offizielle IKG nach dem Motto: der Feind meines Feindes ist mein Freund de ADL ebenfalls auf den Leim gegangen. Sie hätten sich lieber an ein anderes Motto halten sollen: with friends like these, who needs enemies...

Die Methode der ADL ist ebenso einfach wie banal: selektiv zitieren, aus dem Zusammenhang reißen, denunzieren, Nazi-Motive unterstellen, Pauschalurteile fällen – nur keine seriöse Auseinandersetzung mit (natürlich oft problematischen) Positionen von Linken und schon gar nicht mit der Politik Israels. Im Übrigen entstammt die krampfhaft Projektion eines „völkischen Antisemitismus“ auf die Palästinenser dem gleichen Mechanismus, der Linke wie Rechte hierzulande aus Entlastungsgründen dazu bewegt Israel mit dem NS zu identifizieren.

Statt die legitime Frage zu stellen wer wohl warum wozu welche Position bezieht, wird sicherheitshalber gleich das Schlimmste unterstellt, was letztlich auf eine Banalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs hinausläuft. Das erinnert mich an einen uralten israelischen Witz: Nicht jeder, der Brigitte Bardot schöner als Golda Meir findet, ist ein Antisemit...

John Bunzl

4.2 Offener Brief an das DÖW, 12.6.2003

An das
Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
Dr. Wolfgang Neugebauer
Wipplingerstr. 6-8
A-1010 Wien

Wien, den 12. Juni 2003

Betrifft: *Aussendung des DÖW „Die Antiimperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand“*

Sehr geehrter Dr. Neugebauer,

Einige der Unterzeichner des vorliegenden Offenen Briefes haben unter Einsatz ihres Lebens gegen das nationalsozialistische Regime Widerstand geleistet, gegen seinen Antisemitismus ihr Leben riskiert. Andere sind Opfer oder Nachkommen von Opfern des Faschismus. Wieder andere von uns haben sich schlicht ihr Leben lang gegen Faschismus und Rassismus eingesetzt. Nun müssen wir uns die Etikettierung „antisemitisch“ gefallen lassen. Warum? Weil das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, eine Institution deren Arbeit wir bislang als höchst wertvoll und unentbehrlich betrachtet haben, eine neue Kategorie des Antisemitismus entdeckt zu haben glaubt: Kritik an der israelischen Politik.

Wir, die Unterzeichner des vorliegenden Briefes, haben die unterschiedlichsten politischen Weltanschauungen. Wir gehören unterschiedlichsten Organisationen und Vereinen an oder sind parteilose Privatpersonen. Auch teilen viele von uns die Positionen der in Ihrer Aussendung kritisierten Antiimperialistischen Koordination (AIK) in keinster Weise. Uns verbindet im Grunde nichts anderes als die Tatsache, dass wir in – in unterschiedlichster Form – Kritik an der Besatzungspolitik des israelischen Staates üben.

Mit Bestürzung mussten wir die Aussendung des DÖW „Die Antiimperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand“ vom 28. Jänner 2003 zur Kenntnis nehmen. Sie betrifft zwar in erster Linie die AIK, doch ist aus dem Dokument unschwer abzulesen, dass der Angriff gegen alle gerichtet ist (oder in Zukunft gerichtet werden soll), die in der einen oder anderen Form Kritik an der israelischen Politik üben. Wie sonst soll die kommentarlose Apostrophierung als antisemitisch von Aussagen, welche die (Un)taten der israelischen Armee im Flüchtlingslager Jenin oder die systematische Diskriminierung der arabischen Staatsbürger Israels thematisieren, aufgefasst werden.

In der Tat scheint die Aussendung des DÖW festschreiben zu wollen, was wir seit längerer Zeit mit großem Bedauern in einigen Medien (nicht nur in kommerziellen, sondern auch in sogenannten alternativen, sich als links verstehenden wie etwa „Indymedia“) sowie im öffentlichen Auftreten der Israelitischen Kultusgemeinde und nun auch des DÖW beobachten mussten: 1) Jedwede Kritik an Israel ist per se antisemitisch; 2) Eine Diskussion um die

Inhalte dieser Kritik ist weder erwünscht noch möglich, sondern muss verhindert werden; 3) Zu diesem Zwecke bedient man sich unlauterer Methoden wie aus dem Zusammenhang gerissener und oft unüberprüfter Zitate, Halbwahrheiten, Behauptungen, unzulässiger Vergleiche und Gegenüberstellungen sowie Diffamierungen.

Wir halten dazu fest: 1) Wir weisen die Gleichsetzung von Kritik an Israel mit Antisemitismus zurück; 2) Wir haben uns immer gegen Antisemitismus, Faschismus und Rassismus eingesetzt; 3) Aus eben diesem Grund kritisieren wir die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels und setzen uns für eine Lösung des Nahostkonfliktes ein, die allen in der Region lebenden Menschen gleiche Rechte garantiert; 4) Eine inhaltliche Auseinandersetzung zu diesem Thema wurde von uns immer begrüßt und gesucht. Von Seiten jener, die Kritik an Israel als antisemitisch bezeichnen, wurde sie hingegen immer abgelehnt und verhindert; 5) Wir werden trotz dieser bedauerlichen Entwicklungen an unserem Engagement festhalten und fordern weiterhin zu einem Dialog über die Inhalte unserer Kritik an Israel auf.

„Diejenigen, die jede Kritik an Israel verurteilen, schaden Israel damit. Die einzige Möglichkeit die nationale, ethnische und konfessionelle Existenz der jüdischen Bevölkerung im Nahen Osten zu sichern, ist zu zeigen, dass es keine vollkommene Identität zwischen der israelischen Politik und dem israelischen Volk gibt. Hingegen ist der Versuch Kritik an Israel zum Schweigen zu bringen und Solidarität mit den Palästinensern zu verurteilen das schlimmste Geschenk, das man dem israelischen Volk machen kann. (...)

Wenn die Solidaritätsbewegungen mit dem palästinensischen Volk in Europa eine klare Linie ziehen zwischen ihrem gerechten Kampf auf der einen und jedweder Art von Rassismus und Faschismus auf der anderen Seite und wenn sie sich dann in ihrem Kampf nicht beirren lassen, so ist dies das größte Geschenk, das sie dem israelischen Volk machen können. Darum appelliere ich an Sie: Lassen Sie sich nicht in die Defensive drängen, fahren Sie in Ihrem Kampf fort. Es ist der beste Weg, die jüdische Existenz im Nahen Osten zu sichern.“

Michel Warschawski, *Alternative Information Center*, Jerusalem, während seines Vortrages „Ist Antizionismus gleich Antisemitismus?“, Wien, 12. Jänner 2003

Unterzeichner:

Paula Abrams-Hourani, Frauen in Schwarz, Wien

Tom Allahyari, Wien

Johann Anthofer, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Seniorsprecher des Antifaschistischen Personenkomitees Burgenland

Wilfried Bader, parteiunabhängiger Gemeinderat Angerberg, Tirol

Gunnar Bernhard, Sozialarbeiter, Wien

Dr. Andrea Bertolini, Journalist, Wien

Daniel Buell

Gerhard Drexler, KPÖ Wien

Manfred Ebner, Landesvorsitzender KPÖ Tirol

Juno Sylva Englander, Global Mothers, Wien

Jürgen Enser, KSV Linz

Mag. Andreas Fabisch, KPÖ

Helmut Fellner, Arbeiterkammerrat, Wien

Margarethe Gal, antifaschistische Widerstandskämpferin

Werner Gilits, Berufsschullehrer, Wien

Rudolf Glanz, KPÖ Wien

Dr. Günther Grabner, KPÖ Oberösterreich
Beatrix Grasenick, Angestellte, Wien
Elisabeth Gschaider, Angestellte, Wien
Sonja Jamkojian-Huber, Friedensbüro Wien
Dr. Haimo L. Handl, Politikwissenschaftler, Wien
Angelika Hipfinger, Studentin, Wien
Dr. Hannes Hofbauer, Verleger, Wien
Irmgard Hubauer, Projektbeauftragte WU-Wien
Oliver Jonischkeit, ÖGB-Sekretär
Elke Kahr, Gemeinderätin Graz
Ernst Kaltenegger, KPÖ Stadtrat, Graz
Martin Khull-Kholwald, Gemeinderat Graz
Etsuko Kondo, Musikern, Mitglied der japanischen Kampagne „Kinder für Palästina“, Wien
Angela Kreilinger, Schriftstellerin, Wien
Elisabeth Lindner-Riegler, Lehrerin AHS-Vereinsgasse, Wien
Gerhard Mack, KPÖ Wien
Peter Melvyn, Frauen in Schwarz, Wien
Univ. Prof Hans Mikosch, Wien
Dr. W. Murgg, Gemeinderat Leoben
Alexander Muth, Übersetzer, Wien
Kathrin Niedermoser, KPÖ Salzburg
Engelbert Novak, KPÖ
Univ. Prof. Gerhard Oberkofler, Innsbruck
Karin Oberkofler, KPÖ Tirol
Andreas Pecha, Friedensbüro Wien
Josef Pfeifer, Eisenbahner, SPÖ Wien
Werner Pirker, Journalist, Wien
Alexandra Pomper, Kulturverein Kanafani, Wien
Michael Pröbsting, ArbeiterInnenstandpunkt, Wien
Walter Ratley, Angestellter, Wien
Dr. Rudolf Reiter, Richter, Salzburg
Lisl Rizy, KPÖ Wien
Charlotte Rombach, KPÖ Wien
Waltraud Schauer, Pensionistin, Wien
Selma Schlacht, KPÖ Wien
Anna Schmid, Lehrerin, Wien
Karl Schmid, Angestellter, Wien
Florian Schwanninger, KPÖ
DI Reinhard Seiß, Raumplaner, Wien
Dr. Petra Stöckl, Akademie der Wissenschaften, Innsbruck
Claudia Trost, KPÖ Salzburg
Gabriele Vana-Kowarzik, Rechtsanwältin, Wien
Willi Weinert, Alfred Klahr Gesellschaft
Walter Winterberg, KPÖ Wien
Hanno Wisiak, KSV Graz
Edgar Wolf, KPÖ Salzburg
Baruch Wolski, Angestellter, Wien
Erna Zanger, KPÖ Wien
Othmar Zendron, Lehrer, GÖD EBSL 14, Wien

4.3 Gespräch einer Delegation mit Dr. Neugebauer, DÖW, 12. 06. 2003

Bericht vom Gespräch mit dem Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands im Zusammenhang mit den Vorwürfen des Antisemitismus gegen die AIK

Am 28.1. 2003 veröffentlichte die "Aktion gegen Antisemitismus" über die Homepage des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) das Dossier "Die Antiimperialistische Koordination - Antisemitismus im linken Gewand", in dem vor allem die erwähnte AIK wegen ihrer radikalen Kritik am Staat Israel scharf attackiert und ihr Antisemitismus nachgesagt wurde.

Anhand des Textes war deutlich erkennbar, dass dieser zwar formal in erster Linie gegen die AIK gerichtet war, in Wirklichkeit aber nicht mehr und nicht weniger als die Festschreibung der schon seit Jahren von Gruppen aus dem "antinationalen" Eck immer wieder vorgebrachten Gleichsetzung von Kritik an Israel und Antisemitismus zum Ziel hatte.

Die dadurch in weiten Teilen der Linken entstandene Beunruhigung und Empörung mündete schließlich in einem, von 65 Personen (die nicht der AIK angehören und ihr großteils nicht einmal besonders nahe stehen) aus den verschiedensten linken, antifaschistischen Strömungen unterzeichneten, offenen Protestbrief an den Geschäftsführer des DÖW, Herrn Dr. Wolfgang Neugebauer.¹

Von einer Delegation, bestehend aus Paula Abrams-Hourani (Frauen in Schwarz), Peter Melvyn (Mitglied des DÖW), Hans Anthofer (antifaschistischer Widerstandskämpfer und Seniorsprecher des antifaschistischen Personenkomitees Burgenland), Gerhard Drexler (KPÖ) und Gunnar Bernhard (Behindertenbetreuer, Nachkomme einiger jüdischer Holocaustopfer) wurde der Brief schließlich am 12.6. an Dr. Neugebauer übergeben. Sämtliche Mitglieder der Delegation hatten den Brief unterzeichnet.

Im Rahmen dieser Übergabe fand auch eine etwa einstündige Diskussion zwischen Dr. Neugebauer und den Delegationsmitgliedern statt. Letztere nahmen in ihren Eröffnungsstatements vor allem auf die aktuelle Situation in Israel/Palästina Bezug, auf die fortgesetzten Vertreibungen, den unvermindert andauernden israelischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, den Terror der Armee und der SiedlerInnen gegen die palästinensische Bevölkerung und den derzeitigen Bau der Apartheidmauer. Es wurde aber auch an die Geschichte der Entstehung des Staates Israel, die immer vom Ziel der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung geprägt war, erinnert. Mehrfach wurde dabei auf die Unzulässigkeit der Gleichsetzung von Kritik an Israel und seiner zionistischen ideologischen Grundlage bzw. Vorgangsweise einerseits und Antisemitismus andererseits hingewiesen. Des Weiteren wurde auf Stellen im DÖW-Dossier, die Halb- und Unwahrheiten enthielten oder offensichtlich das Ziel hatten, nicht vorhandene Zusammenhänge herbeizukonstruieren, aufmerksam gemacht und scharfe Kritik an der sogenannten "antinationalen" Bewegung geübt, deren bedingungslos pro-israelische Haltung bekannt ist und zu deren Spielball sich das DÖW mit Veröffentlichungen wie dem erwähnten Dossier zu machen droht (auch der Autor des Dossiers, Heribert Schiedel, ist ein Vertreter dieser Strömung).

Dr. Neugebauer wies zunächst darauf hin, dass das besagte Dossier keine Veröffentlichung des DÖW, sondern eben der Aktion gegen Antisemitismus, welche Untermieterin des DÖW-Homepage ist, gewesen sei. Während des Gesprächs stellte sich allerdings heraus, dass Dr. Neugebauer selbst der Aktion gegen Antisemitismus angehört. Das DÖW sei personell sehr vielfältig zusammengesetzt und pluralistisch, wobei eben auch Raum für Veröffentlichungen wie jene von Heribert Schiedel sei. Es sei des Weiteren nicht Aufgabe des DÖW, zu Israel Stellung zu nehmen und im Dossier sei nicht erwähnt, dass jede Kritik an Israel antisemitisch

¹ Siehe „Offenen Brief an das DÖW“, Seite 34

wäre. Die Position der AIK sei aber sehr bedenklich, da diese auf die Zerstörung des Staates Israel abziele. Zum Einwand, die AIK stelle keineswegs das gleichberechtigte jüdische Existenzrecht im Nahen Osten, sondern lediglich das israelische Apartheidsystem in Frage und fordere einen binationalen Staat mit gleichen Rechten für die jüdische und die arabische Bevölkerung, meinte Dr. Neugebauer lediglich, das sei nicht realistisch. Er sehe den Staat Israel positiver als die Delegationsmitglieder dies täten. Zur angesprochenen Frage eines lebensfähigen palästinensischen Staates gab es von Dr. Neugebauer keine konkrete Stellungnahme.

Dr. Neugebauer räumte ein, Kritik an der Politik von Ariel Sharon sei legitim, die Kritik an Israel zeitige aber immer wieder Auswüchse, die nicht zu tolerieren seien, etwa wenn von "Jüdischen Lobbys" die Rede sei (wobei anzumerken ist, dass dieser Ausdruck von der AIK nicht verwendet wird, die Ausdrücke "zionistische Lobby" und "jüdische Lobby" sind keineswegs dasselbe).

In der Folge konzentrierte sich die Diskussion zusehends auf die AIK, wobei Dr. Neugebauer sich sehr darüber verwundert zeigte, dass eine Veröffentlichung, die sich ausschließlich mit AIK und RKL beschäftige, derart massiven Protest bei Leuten, die diesen Gruppen nicht angehören, hervorrufe. Die Gefahr, dass das Dossier zur Delegitimierung jeglicher Kritik an Israel beitrage, sei ihm nicht ersichtlich.

Dr. Neugebauer stellte dann noch die Frage, was denn der Unterschied zwischen den Irakreisen eines Jörg Haider und den Solidaritätsdelegationen der AIK in den Irak gewesen sei und schien von der Antwort, die Reisen Haiders hätten hauptsächlich der Selbstinszenierung in Form von in den Medien entsprechend ausgeschlachteten persönlichen Treffen mit Saddam Hussein gedient, während die AIK aus ehrlichen, politischen, antiimperialistischen Beweggründen gehandelt habe und Haider bei einer solchen Delegation sicher nicht willkommen gewesen wäre, wenig beeindruckt.

Außerdem verwies Dr. Neugebauer darauf, dass die AIK exakt an dem Tag, an dem die Diskussion stattfand, auf ihrer Homepage einen Kurzbericht, in dem die Entlassung des jordanischen Universitätsprofessors Dr. Ibrahim Alloush kritisiert werde, veröffentlicht hatte. Alloush habe nicht nur Kontakte zu Holocaustrelativierern, sondern vertrete auch selbst derartige Ansichten. Den Einwand, die AIK habe höchstwahrscheinlich von Alloushs Holocaustrevisionismus nichts gewusst und diesen ausschließlich deshalb verteidigt, weil er aufgrund seiner US- und Israel-kritischen Aussagen entlassen worden sei, wies Dr. Neugebauer zurück. Er sei sich sicher, dass Alloushs Revisionismus der AIK bekannt gewesen sei.

Dazu ist anzumerken, dass Alloushs Revisionismus bei der AIK tatsächlich nicht bekannt gewesen war und dass der Artikel von der Homepage entfernt sowie eine Entschuldigung und eine entsprechende Erklärung veröffentlicht wurden, nachdem die AIK über Alloushs Aussagen zum Holocaust in Kenntnis gesetzt worden war. Die AIK bekennt sich bei gleichzeitiger schärfster Verurteilung jeglichen Holocaustrevisionismus aber weiterhin zur Verteidigung Alloushs gegen seine Entlassung, da diese nichts mit seinen holocaustrelativierenden Aussagen zu tun hat, sondern eine Maßnahme ist, die alle Personen treffen kann und wird, die sich kritisch gegenüber der amerikanischen und israelischen Politik äußern.

Zum Abschluss hat uns Herr Dr. Neugebauer zugesagt, dass er uns in etwa 14 Tagen eine ausführlichere schriftliche Stellungnahme senden werde, gemeinsam mit seiner Entgegnung auf einen in der Zeitschrift "Zukunft" erschienenen Artikel, da in diesem Artikel ähnlich argumentiert wird, wie wir es getan haben. Da dieser Artikel bis heute nicht eingelangt ist müssen wir uns auf den Inhalt des Gesprächs beschränken.²

Folgende Erkenntnis lässt sich aus dem Gespräch ableiten:

² Das Schreiben Neugebauers traf am 4. Juli 2003 ein, brachte aber inhaltlich nichts Neues gegenüber dem Gespräch vom 12. Juni (die Hrsgb.)

Es ist offensichtlich, dass Dr. Neugebauer jener Strömung innerhalb des DÖW, die für die Verfassung und Veröffentlichung des Dossiers über die AIK verantwortlich ist, näher steht als angenommen/erhofft, und dass diese Strömung daher im DÖW zunehmend den Ton angibt. Es ist daher zu befürchten, dass Kritik an Israel auch weiterhin und in verstärktem Ausmaß mit Antisemitismus gleichgesetzt werden wird. Eine verstärkte Aufklärungs- und Zusammenarbeit sämtlicher antifaschistischer Personen, Gruppen und Strömungen, die der israelischen Politik kritisch gegenüberstehen, ist unbedingt notwendig.

Gerhard Drexler
Paula Abrams-Hourani
Peter Melvyn
Hans Anthofer
Gunnar Bernhard

4.3 Antwort der AIK auf die Aussendung des DÖW, 24. 6. 2003

An das
Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
Dr. Wolfgang Neugebauer
Wipplingerstr. 6-8
A-1010 Wien

Wien, den 24. Juni 2003

Betrifft: *Aussendung „Die Antimperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand“*

Sehr geehrter Herr Dr. Neugebauer,

Vor einigen Monaten wurde uns die Aussendung „Die Antimperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand“ der mit dem DÖW in Verbindung stehenden *Aktion gegen Antisemitismus* zur Kenntnis gebracht. Wie wir erfahren haben, gab es inzwischen etliche kritische Reaktionen auf diese Aussendung, unter anderem einen von 65 Personen unterzeichneten Offenen Brief, allerdings keine relativierende Stellungnahme des DÖW.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals und mit Nachdruck den gegen uns erhobenen Vorwurf des Antisemitismus zurückweisen und gegen diese Diffamierung schärfstens protestieren. Gleichzeitig möchten wir unseren Bedenken darüber Ausdruck geben, dass das DÖW – eine staatlich finanzierte und dank seiner wichtigen Arbeit öffentlich allgemein anerkannte Institution – sich zum Sprachrohr von in historischer, methodischer und politischer Hinsicht fragwürdigen Positionen machen lässt – jenen der antinationalen „Linken“.

Dass diese Positionen einer analytischen Prüfung keineswegs standhalten, werden wir weiter unten belegen. Allein, als in antifaschistischer Tradition stehende Steuerzahler hätten wir uns erwarten dürfen, dass das DÖW seine Aussendungen vor deren Publikation einer genaueren Prüfung unterzieht.

Im Übrigen besteht unsererseits kein Zweifel daran, dass mit besagter Aussendung nicht der AIK geschadet, sondern vielmehr der gesamten Solidaritätsbewegung mit der palästinensischen Bevölkerung die Legitimität abgesprochen werden soll. Auch das ist in methodischer und politischer Hinsicht mehr als bedenklich, zumal für eine Institution, die für sich eine antifaschistische und somit antirassistische Ausrichtung geltend macht. Dennoch wird es weder an unserer noch an der Überzeugung anderer Kräfte, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einsetzen, etwas ändern: Nur die Umsetzung der völkerrechtlich verbrieften Rechte der palästinensischen Bevölkerung kann die Grundlage für ein dauerhaft friedliches Zusammenleben aller Menschen im Nahen Osten, unabhängig von

deren Religionszugehörigkeit oder Nationalität, sein und das Engagement dafür hat nichts mit Antisemitismus zu tun.

Wir fordern das DÖW erneut auf, die gegen uns erhobenen Vorwürfe zu revidieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Franz Winkler
für die AIK

Linker Antisemitismus?

Zu den Vorwürfen des Antisemitismus an die Kritiker Israels

1. Der Antisemitismusvorwurf ist im Augenblick en vogue. Als Spitze des Eisbergs erscheint eine Aussendung des „Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands“, das die „Antiimperialistische Koordination“ des „Antisemitismus im linken Gewand“ zieht. Auf weniger offizieller Ebene werden etwa vom linken Nachrichtendienst Indymedia-Österreich Texte verschiedener Gruppen, aber auch von progressiven jüdischen Intellektuellen wie Michel Warschawski, John Bunzl, Uri Avneri, Felicia Langer oder Noam Chomsky wegen Antisemitismus gelöscht. Immer wieder gab es empörte, überraschte Entgegnungen der Betroffenen, die allesamt aus einer politischen Tradition kommen, für die der Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus immer Teil der eigenen Identität war. Es ist an der Zeit, nicht nur zurückzuweisen, sondern Struktur und Gehalt dieser Antisemitismusvorwürfe zu analysieren. Zu Beginn gilt es, den modernen Antisemitismus zu untersuchen, um schließlich beurteilen zu können, was davon bei der, angeblich antisemitischen, propalästinensischen Linken zu finden ist.
2. Der moderne Antisemitismus ist ein Produkt des 19. Jahrhunderts und tritt seither in verschiedenen Formen auf. Seit dieser Zeit erscheint der Antisemitismus unter einem rassistischen Paradigma, einer Konstruktion des Judentums als andersartiger und feindlicher Rasse. Von Anfang an wurde er von der politischen Rechten benützt und mit Verschwörungstheorien beladen: Die Monarchisten sahen die französische Revolution etwa als Verschwörung der Freimaurer und Juden.
3. Seine volle Bedeutung erhielt der moderne Antisemitismus erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als er zu einer wesentlichen mobilisatorischen Ideologie rechter und rechtsextremer Massenbewegungen wurde. Die modernsten Formen des Antisemitismus, etwa bei Charles Maurras, des Gründers der Action Française, oder bei Rosenberg, dem nationalsozialistischen Rassentheoretiker, sahen diesen immer verbunden mit einem neuartigen Verständnis von Nation, verstanden als quasibiologischem Ganzen, auf die Spitze getrieben in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, aus der die Juden als zu beseitigend ausgeschlossen wurden.
4. Im Großen und Ganzen wurde dadurch die Nation zur Antithese jedes sozialen Konfliktes (etwa im Unterschied zur französischen Revolution), ihre Bestandteile

nicht als mit unterschiedlichen Interessen ausgestattet, sondern als sich gegenseitig ergänzend betrachtet. Die verschiedenen Strömungen der europäischen Rechten und des Faschismus machten sich dieses Bild alle zu eigen, von der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“, über den Ständestaat, zum faschistischen Korporatismus. Der Antisemitismus konnte an diese Vorstellungen sehr leicht andocken, er versorgte die nationalen Gemeinschaften mit einem „externen“ Feind. (Konnte, musste aber nicht. Für die dem italienischen Faschismus eigentümliche Fusion von Maurrasschem Nationalismus und Anarchosyndikalismus war er nicht konstitutiv.)

5. Wir fassen zusammen: Der moderne Antisemitismus ist gegen die Juden an sich gerichtet. Es gibt für die Opfer keine Möglichkeit sich dem zu entziehen (wie das zuvor etwa durch Konfessionswechsel gegeben war). Er ist gänzlich mythisch unterlegt, begründet sich aus sich selbst („Wir sind gegen Juden, weil sie unsere Feinde sind“), ein nicht hinterfragbarer Mythos. Er ist dabei eine essentiell harmonisierende Ideologie, immer verbunden mit gesellschaftlichen Vorstellungen, die sozialen Konflikt und echte soziale Veränderung grundsätzlich delegitimieren.
6. Kritik an Israel kann durchaus, und das ist auch oft der Fall, in einer antisemitischen Tradition stehen, antisemitischen Vorstellungen entspringen – antisemitisch sein. Israelische Verbrechen können etwa benützt werden um die Shoa zu relativieren, Israel kann abgelehnt werden, weil es jüdisch ist. Wir schicken voraus: Nichts von dem ist bei jenen linken Kritikern Israels zu finden, die heute in Österreich als antisemitisch verunglimpft werden.
 - Niemals ist ein Zusammenfallen der Kategorien jüdische Religion, jüdisches Volk oder Judentum mit den Kategorien Zionismus, israelischer Staat oder Nation, oder israelische Politik festzustellen. Erstere (inklusive der herbeiphantasierten „jüdischen Rasse“) sind die Objekte des Antisemitismus und werden in der linken Kritik an Israel oder seiner Politik explizit nicht behandelt. Diese Kritik wendet sich also nicht gegen „die Juden“, sondern versucht ganz im Gegensatz dazu festzuhalten, dass die offizielle israelische Politik sich den Alleinvertretungsanspruch des Judentums zu Unrecht angeeignet hat. Das von der antideutschen Linken immer wieder beschworene „antisemitische Kollektiv“ der Palästinenser kennt auch kein Pendant auf der Seite der Kritiker Israels. Im Gegenteil werden immer wieder die politischen Grundlagen des Konfliktes betont, eine Ethnisierung (im Sinne einer Frontstellung „Juden“ gegen „Araber“), wie sie leider immer wieder angenommen wird, beständig abgelehnt und bekämpft.
 - An Israel wird nicht sein Status als jüdisch, sondern Teile oder das Wesen seiner Politik, oder auch das gesamte politische Projekt kritisiert – nicht als jüdisch, sondern etwa als kolonialistisch oder kriegstreiberisch.
 - Die Kräfte die heute Solidarität mit Palästina ausdrücken sind sehr heterogen, haben unterschiedlichste politische Vorstellungen. Gerade die vom DÖW besonders angegriffene AIK hat in der heutigen Linken sehr exponierte Positionen (die zu weiten Teilen den traditionellen Positionen der palästinensischen Linken entsprechen), die von vielen nicht geteilt werden. Man kann sie einzeln und als ganzes diskutieren, hinterfragen, verwerfen, ablehnen oder akzeptieren – und das ist gut so. Denn es handelt sich samt und sonders um politische Positionen, die einer politischen Debatte und Kritik unterzogen werden können und müssen, nicht um unhinterfragbare rassistische Mythen. Das ist eine der wesentlichen Gefahren (oder auch Ziele) des Antisemitismusvorwurfs – er beendet potentiell jede Diskussion und

Auseinandersetzung.

- Der soziale Konflikt wird nicht aufgelöst und durch das Pogrom ersetzt, ganz im Gegenteil wird der Konflikt im Nahen Osten wesentlich als sozialer Konflikt verstanden, der heute oft nationale Formen annimmt. Überquert man die grüne Linie von Israel in das Westjordanland, dann erkennt man einen Konflikt zwischen erster und dritter Welt.

7. Wir fassen zusammen: Linke Kritik an Israel hat mit den antisemitischen national harmonisierenden Mythen der Rechten nichts zu tun. Sie behandelt politische Strukturen und Ideologien, widmet sich nicht der Feindschaft gegen eine konstruierte „Rasse“. Sie ist hinterfragbar. Sie dient nicht zur Verschleierung sozialer Konflikte.
8. Jedem muss klar sein, dass hier kein rassischer Antisemitismus vorliegt, wahrscheinlich auch dem DÖW, den sonst würde ja kein „linkes Gewand“ zugebilligt werden. Um hier Antisemitismus erkennen zu können, bedarf es zweier Bedingungen. Die eine ist eine Operation, die semantische Verschiebung genannt wird. Danach verstecke sich hinter der Kritik an Israel der Hass auf die Juden, antisemitische Einstellungen würden auf den Nahostkonflikt projiziert. Diese Methode ist intellektuell völlig unredlich, denn man kann schwer widerlegen, was man nicht gesagt hat. Die zweite Bedingung betrifft den eigenen Standpunkt. Um Kritik an Israel, die so radikal sie auch sein mag, niemals als Feindschaft gegen Juden geäußert wird, als antisemitisch zu begreifen, muss man selbst auf dem Standpunkt stehen, dass Israel (sowie seine Politik) mit der jüdischen Kultur, der Religion oder dem jüdischen Volk heute zusammenfallen. Aus dieser Position heraus kann man dann auch Jüdinnen und Juden, die immer gegen Antisemitismus aufgetreten sind, selbst als Antisemiten beschimpfen.
9. Diese Position ist arrogant und vereinnahmend. Sie ignoriert die reichhaltige politische Tradition der jüdischen Kultur. Als Erbe der radikalen Orientierung vieler jüdischer Intellektueller ist heute die Linke – in allen ihren Teilen, auch in jenen die Israel kritisieren, stark von dieser Tradition geprägt. Welches Recht hat ein anonymer Moderator auf Indymedia John Bunzl oder Michel Warschawski durch die Bezeichnung „antisemitisch“ nicht als Repräsentanten dieser Kultur anzuerkennen? Mit der selben Logik, in der linke Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch bezeichnet wird, könnte man auch Kritik an Michel Warschawski als antisemitisch bezeichnen. (Das tun wir hiermit nicht, denn wir teilen diese Logik nicht. Auch Warschawski hat keine Generalvollmacht für die jüdische Kultur zu sprechen, beansprucht sie auch nicht.)
10. Diese Position ist gefährlich. Sie trägt zu einer weiteren Ethnisierung des Konfliktes bei. (Ohne dafür allein verantwortlich zu sein.) Wir folgen hier Michel Warschawski: Wer Kritik an Israel, die explizit zwischen diesem Staat und seiner Politik auf der einen und der jüdischen Bevölkerung und Kultur auf der anderen Seite unterscheidet, als antisemitisch bezeichnet, der erzeugt selbst die Einheit von Israel und Judentum, gewollt oder ungewollt. Damit wird aber im Umkehrschluss auch das Judentum für jede Menschenrechtsverletzung der IDF, für jeden völkerrechtswidrigen Siedlungsbau, in Geiselnhaft genommen. Die Frontstellung „Juden“ gegen „Araber“, die man unbedingt verhindern muss, wird gestärkt, der Nahostkonflikt als ethnischer betrachtet. Diese Ethnisierung ist ohnehin vorhanden und sie ist hochgradig gefährlich. Sie erlaubt, dass jugendliche Araber in französischen Vorstädten Synagogen als israelische Symbole begreifen und attackieren. Sie erlaubt die

Rezeption von Elementen des europäischen Antisemitismus in arabischen Gesellschaften und Gruppen, obwohl dieser dort eigentlich völlig fremd ist. Ein Bekämpfen dieser Tendenzen kann nur gelingen, wenn die politische Natur des Konfliktes betont wird – eine Übertragung der Gefahren des europäischen rassistischen Antisemitismus auf den Nahostkonflikt ist konterproduktiv.

11. Letztlich hat die solcherart kreierte Identifikation von israelischer Regierung, israelischem Staat, jüdischer Bevölkerung und jüdischer Kultur weit mehr mit den nationalen Mythen der Rechten gemein als alle linke Kritik an Israel. Hier wird eine nationale Gemeinschaft gebildet, die nicht so weit entfernt ist von den organzistischen und korporatistischen Nationsbegriffen der Rechten.
12. Der Antisemitismus ist eine der schwelenden Wunden der europäischen Gesellschaften und muss bekämpft werden. Aber er treibt nicht den palästinensischen Widerstand gegen die israelische Kolonialpolitik an, ebenso wenig wie die linken Kritiker Israels. Die inflationäre und unangebrachte Verwendung des Antisemitismusvorwurfes konstruiert eine Einheit aus israelischer Politik und Judentum, die der Ethnisierung des Nahostkonfliktes nicht nur nichts entgegensetzen hat, sondern diese vielmehr weiter fördert. An echtem Antisemitismus prallt dieser Vorwurf naturgemäß ab. Letztlich führt er zur Stärkung der aggressivsten Fraktionen der israelischen Regierung.